

Widerstandsstrategien im Angesicht einer he- gemonialen Staatsmacht

Die Mosuo von Yongning unter dem Regime der Kommunisti-
schen Partei Chinas von 1949 bis 1976

Wissenschaftliche Hausarbeit
zur Erlangung des akademischen Grades eines
Bachelor of Arts
der Universität Hamburg

von Lina-Marieke Hilgert

aus Bad Oldesloe

Hamburg, 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Quellenkritik	3
3. Theoretischer Teil	4
3.1. Einführung: Allgemeine Strukturen des Widerstandes	4
3.2. <i>Political encapsulation</i> und mögliche Folgen für die Strukturen des gesamtgesellschaftlichen Systems	5
3.3. Widerstandsstrategien auf lokaler Ebene	6
3.3.1. Strategien auf politischer und ökonomischer Ebene	7
3.3.2. Strategien auf sozialer Ebene	8
4. Politische und historische Rahmenbedingungen: Die Volksrepublik China	9
4.1. Überblick: Minderheitenpolitik, <i>tusi</i> -System und politische Ordnung	10
4.2. Kontextualisierung: Historische, politische und ideologische Einbettung	11
4.2.1. Vorgeschichte und Ausgangssituation: Die Republik China	11
4.2.2. Machtübernahme und Hegemonie der KPCh: Die Volksrepublik China	12
5. Die Mosuo von Yongning	14
5.1. Bezeichnung und Zugehörigkeit	14

5.2. Allgemeiner Überblick	15
5.3. Sozialstruktur	15
5.4. Wirtschaftssystem	17
5.5. Politik- und Rechtssystem	19
5.6. Religion und Glaube	19
6. Die Mosuo unter der Hegemonialmacht der KPCh: Auswirkungen auf das Gesellschaftssystem, Reaktionen auf die Veränderungen und spezifische Widerstandsstrategien	20
6.1. Die Form der <i>political encapsulation</i> und strukturelle Folgen für das gesamtgesellschaftliche System der Mosuo	20
6.2. Widerstandsstrategien auf lokaler Ebene	21
6.2.1. Strategien auf politischer und ökonomischer Ebene	22
6.2.2. Strategien auf sozialer Ebene	25
6.2.2.1. Ideologische Propaganda und die erste direkte Reform: 1949-1957	26
6.2.2.2. Der <i>Große Sprung nach vorn</i> und „Klassenkampf“: 1958-65	27
6.2.2.3. Die <i>Kulturrevolution</i> : 1966-1976	28
7. Fazit und Ausblick	32
8. Quellenverzeichnis	35
9. Eidesstaatliche Erklärung	

1. Einleitung

Zu verschiedensten Zeitpunkten und in mannigfaltigen Kontexten wurden und werden überall auf der Welt immer wieder Menschen unterdrückt. Diese Suppression kann sowohl kleinere Gruppen als auch die gesamte Bevölkerung eines Landes betreffen – durchgeführt entweder von einer externen Macht, beispielsweise im Zusammenhang mit der Kolonisation, oder ebenso von dem eigenen politischen Oberhaupt. Auch in der heutigen Zeit lassen sich zahlreiche Beispiele hierfür finden, genannt seien an dieser Stelle nur die Herrschaft Kim Jong-uns in Nordkorea oder die Regierung Lukaschenkos in Belarus. Die Thematik einer unterworfenen Minorität, die sich einer oktroyierten Staatsmacht gegenüber sieht, wird wahrscheinlich nie an Aktualität verlieren und hat in der Konflikt- und Widerstandsforschung daher eine hohe Relevanz. Vor diesem Hintergrund liegt dieser Arbeit die Fragestellung zugrunde, ob und falls ja, inwiefern sich Minoritäten gegen Übermächte wehren können:

*“[...] power belongs not only to the chiefs or to the state or to those that control of-
ficial discourses, but also inheres in the general populace. Even within the most au-
thoritative of polities, people will find niches of autonomy and control, or they will
create them.” (Lewellen 2003: 127)*

Als Fallbeispiel hierfür bietet sich die Hegemonie der Kommunistischen Partei Chinas¹ unter Führung Mao Zedongs von 1949 bis 1976 an, da diese klar eingegrenzt und ausführlich dokumentiert ist. Auch die Mosuo bilden vor allem aufgrund ihrer matrilinearen Sozialstruktur ein interessantes ethnisches Fallbeispiel. Da diese vor dem Hintergrund der oktroyierten politischen Maßnahmen bisher kaum Aufmerksamkeit erhielten, erscheint eine Aufarbeitung der Vorkommnisse außerdem notwendig: Wie schaffte es diese zahlen- und machtpolitisch so stark unterlegene Minorität unter den strikten Maßnahmen der KPCh bestimmte normative Strukturen – und damit eine relative Eigenständigkeit und partielle Autonomie – zu erhalten? Und in welchem Ausmaß war es ihnen möglich, dafür bestimmte Widerstandsstrategien zu verfolgen? Um hierfür einen theoretischen Rahmen zu schaffen, werden im ersten Teil dieser Arbeit zunächst relevante Theorien aus der Widerstandsforschung erläutert. Im zweiten Teil erfolgt anschließend eine Kontextualisierung: Es werden sowohl die Ausgangslage als auch die politischen und historischen Rahmenbedingungen von 1949 bis 1976 beschrieben. Daran anknüpfend wird die Ethnie der Mosuo anhand ihrer Sozialstruktur, des Wirtschafts-, Politik- und

¹ Der Einfachheit halber wird in den folgenden Ausführungen anstelle des ausgeschriebenen Begriffs „Kommunistische Partei China“ nur noch das Akronym „KPCh“ verwendet.

Rechtssystems, sowie ihres religiösen Glaubens vorgestellt. Hierauf folgen im letzten Teil eine Übertragung der erläuterten Widerstandsstrategien auf den Fall der Mosuo und die Überprüfung ihrer Anwendung während der zentralchinesischen Hegemonie. Der Fragestellung folgend wird der Fokus hierbei darauf liegen, inwiefern spezifische Widerstandsstrategien umgesetzt wurden, wobei sowohl erkannt werden soll, welche Strategien realisiert als auch welche nicht realisiert wurden. Es wird also keine allgemeine Überprüfung der Modelle selbst stattfinden; diese dienen vielmehr dazu, die Geschehnisse – mit den Reaktionen der Mosuo auf das oktroyierte System – nachvollziehen zu können. Die Modelle bilden demnach den Analyserahmen für das ethnographische Fallbeispiel der Mosuo: Die theoretisch möglichen Widerstandsstrategien werden übertragen und auf ihre Anwendbarkeit und tatsächliche Umsetzung überprüft. Diese Arbeit konzentriert sich hierbei hauptsächlich auf die Frage des „Wie“ und nicht auf die des „Warum“, da letztere aufgrund der Quellenlage nur spekulativ bearbeitbar wäre. Aus diesem Grund wird auch das zunächst offensichtlich erscheinende, verknüpfte Themengebiet der Identität größtenteils ausgelassen.

Die Vorgehensweise orientiert sich an der Methodik einer ergebnisoffenen Fallstudie. Durch eine beschreibende und gleichzeitig explorative Beschäftigung mit den vorhandenen Materialien soll ein holistisches Verständnis für die Situation der Mosuo unter der Hegemonie der KPCh erreicht werden. Ziel dieser Arbeit sind dabei keine generalisierbaren Ergebnisse, sondern die Analyse einer spezifischen Fallstudie, welche aus sich selbst heraus verstanden werden und für sich selbst stehen soll.²

Daher wurden die verwendeten Informationen, neben einem generellen Einblick in wesentliche Themengebiete, auf die für die Fragestellung bezogenen Teilaspekte begrenzt. Der Fokus liegt auf solchen Widerstandsmöglichkeiten, die im Kontext dieser Arbeit relevant erscheinen – die folgenden Erläuterungen sind folglich das Ergebnis einer selektiven, subjektiven Auswahl und stellen darüber hinaus keinerlei Anspruch auf allgemeine Vollständigkeit. Ebenso sei an dieser Stelle angemerkt, dass man vor allem bei Beschreibungen der Ethnie und eventueller Widerstandsstrategien nicht vergessen darf, dass stets über Tendenzen und Ansätze gesprochen wird. Erscheinen Darstellungen in mancher Hinsicht zwar relativ eindeutig und klar abgegrenzt, so sind es doch Idealtypen und teilweise Verallgemeinerungen, welche in der weitaus komplexeren Realität nicht immer so eindeutig abzugrenzen sind. Abschließend soll noch erwähnt werden, dass sich die Wahl des Tempus als nicht ganz einfach darstellte: Die verwendete Literatur ist sowohl im Präsens als auch im Perfekt verfasst. Da das ethnologische Präsens aufgrund

² Dieses geschieht in Anlehnung an folgende Ansicht: „The real issue is not one of deciding what is or is not 'real' resistance. We must analyse both the possibilities and limitations of individual acts and collective movements within particular historical contexts [...]“ (Gledhill 2000: 91, vgl. 77-90).

seiner ahistorischen Konnotation³ jedoch nicht geeignet ist, die analysierten Vorkommnisse in einem vergangenen Zeitraum stattfanden und die Beschreibungen der Mosuo auf Literatur basieren, die mindestens dreizehn Jahre oder zumeist deutlich älter ist, wurde für diese Arbeit letztendlich die Vergangenheitsform gewählt. Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht zwangsläufig, dass das Beschriebene heutzutage nicht mehr vorzufinden ist.

2. Quellenkritik

Betrachtet man den Bereich der Konflikt- und Widerstandsforschung in der Ethnologie, gibt es eine recht gesicherte Quellenlage. Die für diese Arbeit verwendete Literatur – beispielsweise Werke wie James Scotts *Weapons of the Weak* aus dem Jahre 1985 oder die 2003 erschienene, dritte Auflage des Werkes *Political Anthropology* von Ted C. Lewellen – bietet ob ihrer unterschiedlichen Erscheinungsjahre und Kontexte einen relativ breiten und damit guten Einblick in das Feld. Die dort behandelten Theorien lassen sich gut mit Hilfe einiger Artikel und Auszüge aus anderen Werken ergänzen und so in einen Zusammenhang mit dem Gegenstandsbereich dieser Arbeit bringen.

Auch zu den Mosuo gibt es inzwischen einige Quellen, die im Rahmen dieser Arbeit eine lückenlos erscheinende Aufarbeitung der ethnographischen Daten möglich machen. In diesem Zusammenhang sollen vor allem die Werke *Die matrilinearen Mosuo von Yongning: Eine Quellenkritische Auswertung moderner chinesischer Ethnographien* von der deutschen Ethnologin Susanne Knödel aus dem Jahre 1995 und *A Society Without Fathers or Husbands: The Na of China* von dem chinesischen Ethnologen Cai Hua aus dem Jahre 2001 erwähnt sein.

Die Quellenlage ist allerdings weniger gut, sobald man sich mit den politischen Vorgängen unter der KPCh in China befasst: Zwar gibt es eine große Bandbreite an historischen Aufarbeitungen der Geschehnisse – aufgrund nicht vorhandener Kenntnisse der chinesischen Sprachen und der schweren Zugänglichkeit einiger Schriften konnten für diese Arbeit allerdings zumeist nur Werke europäischer und US-amerikanischer Autoren verwendet werden (vgl. Knödel 1995: 232). Diese widersprechen teilweise den Ansichten einiger chinesischer Quellen, welchen meist ideologische Färbungen anzumerken sind – vor allem, wenn sie aus betreffender Zeit selbst stammen. Zudem beruhen viele Artikel oder Werke unter anderem auf den Ergebnissen einer sozialhistorischen Erhebung, welche die chinesische Regierung im Jahre 1960 durchführen ließ

³ Durch den Gebrauch des Präsens im Zusammenhang mit bereits vergangenen Ereignissen kann leicht der Eindruck entstehen, dass dieser Zustand stetig andauere – was ein statisches Verständnis des Beschriebenen vermitteln würde. Man sollte jedoch stets daran denken, dass Kulturen ständig im Wandel begriffen sind und folglich die Verwendung des ethnographischen Präsens und eine damit assoziierte „Zeitlosigkeit“ im Zusammenhang mit dieser Arbeit nicht angemessen scheint.

(vgl. Knödel 1995: 280 ff.). Auch in diesem Zusammenhang sollte man sich möglicher ideologischer Einflüsse bewusst sein und die Quellen besonders reflektiert bearbeiten. Erschienen gewisse Formulierungen zu einseitig oder doktrinär, wurde der jeweilige Text nicht verwendet. Viele Daten und Materialien über die Mosuo und ihre Situation unter der Hegemonie der KPCh befinden sich überdies ausschließlich in lokalen Verwaltungsarchiven in China; diese liegen dort zumeist nur in einer chinesischen Sprache vor und dürfen lediglich für landesinterne Publikationen genutzt werden. Cai Hua stützt die für diese Arbeit relevanten Kapitel seines Werkes hauptsächlich auf zwei dieser chinesischen Quellen, welche ihren Titeln nach den Eindruck vermitteln, dass sie auch für diese Arbeit von großem Nutzen hätten sein können. Diese Arbeit beruht also teilweise auf der Interpretation Cai Huas jener Quellen. Man muss darauf vertrauen, dass Hua die wesentlichen Punkte herausgearbeitet hat, sollte aber gleichzeitig stets gewahr sein, dass es eine subjektive Aufarbeitung der Originalwerke ist.

3. Theoretischer Teil

In diesem Kapitel wird der theoretische Rahmen für die folgende Fallbearbeitung der Mosuo gebildet: Nach einem anfänglichen Überblick werden verschiedene Systeme politischer Unterdrückung und anschließend spezifische Widerstandsmöglichkeiten dargestellt. Diese sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Anwendungsbereiche in politische und ökonomische Strategien einerseits und soziale Strategien andererseits unterteilt.

3.1. Einführung: Allgemeine Strukturen des Widerstandes

Einleitend ist es zunächst sinnvoll, kurz den Begriff des Widerstandes zu definieren:

“[...] resistance includes any act(s) by member(s) of a subordinate class that is or are intended either to mitigate or deny claims [...] made on that class by superordinate classes [...] or to advance its own claims [...].” (Scott 1985: 290)

An dieser Definition ist insbesondere die Aussage „any act“ von Bedeutung: Ging man in den Anfängen der Widerstandsforschung davon aus, dass durch eine Übermacht unterdrückte Gruppen nur die Wahl zwischen passiv hinnehmender Unterwerfung oder einer großen Revolte hatten, wandelte sich diese „ganz oder gar nicht“-Ansicht im Laufe der letzten Jahrzehnte immer mehr. Seit einiger Zeit wird nun eine sowohl differenziertere als auch detailliertere Sichtweise verfolgt; so liegt der Fokus gegenwärtig eher auf den vorher vernachlässigten, alltäglichen und nicht direkt gewalttätigen Widerstandsformen (Gledhill 2000: 81; vgl. Lewellen 2003: 1-14).

Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass sich in Bezug auf mögliche Ausgangspunkte des Widerstands aus der Bevölkerung zwei Pole ergeben: Zum einen gibt es eine, im Vergleich relativ zentral organisierte, großangelegte Gegenwehr. Vorausgesetzt, dass die zum Protest aufgeforderten Menschen weitestgehend mit den Kernpunkten des Widerstandes übereinstimmen, fühlen sie sich durch diese öffentliche Ausrufung in der Regel ermutigt und schließen sich den Protesten an. Zum anderen gibt es eine individuelle – was sich sowohl auf Einzelpersonen als auch auf Kleingruppen beziehen kann – und weniger strukturierte, teilweise vollauf spontane Gegenwehr. Die Koordination von Kleingruppen bedarf zwar einer gewissen Organisation, diese ist aber mit vergleichsweise geringem Aufwand verbunden. Bei letzterer Form sollte man sich zudem darüber bewusst sein, dass es oftmals bestimmte informelle Normen gibt, welche einen großen sozialen Druck entstehen lassen können. Dieser kann wiederum, trotz der eigentlich dezentralen Struktur des Protestes, einen großen Teil dazu beitragen, dass sich Einzelpersonen dem Protest anschließen (Gledhill 2000: 87; Lewellen 2003: 111, 113; Scott 1985: 29, 32, 262). Es darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass diese beiden Ansätze in der tatsächlichen Lebenswelt nicht so stringent voneinander zu trennen sind – die gelebte Realität liegt auf einem Kontinuum zwischen den beiden Polen. Das Zusammenspiel dieser Ausgangspunkte und der Paradigmenwechsel in den Ansichten der Widerstandsforschung kann daher mit folgenden Worten über individuelle, tagtägliche Gegenwehr auf den Punkt gebracht werden:

“Such resistance is an ongoing, everyday process through which the peasantry struggles against exploitation. [...] Resistance may be more or less organized, but it is not linked to any wider political movements or ideologies. This runs counter to the more commonly held view of peasant as alternating between mindless eruptions of violence and passive acceptance of their fate; peasants have never really been quiescent, but their protest may take place, almost unnoticed, day in and day out.”

(Lewellen 2003: 115)

3.2. *Political encapsulation*⁴ und mögliche Folgen für die Strukturen des gesamtgesellschaftlichen Systems

Da die Ausgangslage des Widerstandes durch die Form der *political encapsulation* entscheidend beeinflusst wird und die möglichen Handlungsalternativen stark vom jeweiligen Kontext abhängig sind, werden zunächst die verschiedenen Systeme beschrieben, mit welchen sich

⁴ *Political encapsulation* beschreibt die systematische politische Unterdrückung einer Minorität durch eine Übermacht. Da der Begriff von dem Amerikaner Ted C. Lewellen eingeführt wurde, wird in dieser Arbeit dessen englische Originalformulierung verwendet.

Menschen konfrontiert sehen können. Im Anschluss daran werden mögliche Reaktionen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tiefergehend erläutert.

Im Allgemeinen wird zwischen drei unterschiedlichen Formen der politischen Unterdrückung unterschieden: Zunächst gibt es die sogenannte *nominal encapsulation*, bei welcher sich durch die Machtübernahme einer autoritären Herrschaft zwar etwas auf übergeordneter, nicht aber auf lokaler Ebene ändert. Bei der *predatory encapsulation* existieren beide Systeme – das machtübernehmende und das unterlegene – nebeneinander, wobei das „Schwächere“ dem „Mächtigeren“ Abgaben leistet, also Tribute zahlen muss. Zuletzt beschreibt die *incorporation* einen Vorgang, bei welchem eine kleine Minorität durch eine größere und stärkere Majorität gänzlich unterdrückt wird. Letztere übernimmt sowohl die gesamte Kontrolle als auch die Bestimmungsmacht und gliedert die Unterdrückten somit vollständig in ihr eigenes System ein – hierbei ist es jedoch nicht zwangsläufig notwendig, dass eine Internalisierung der oktroyierten Werte und Normen innerhalb der unterdrückten Gruppe stattfindet (Lewellen 2003: 102).

Der sogenannte *repetitive change* bezeichnet in diesem Kontext eine gesellschaftliche Reaktion, bei der auf lokaler Ebene keine oder kaum kulturelle Veränderungen stattfinden; sowohl die normativen als auch die pragmatischen Strukturen bleiben demnach weitestgehend bestehen. Bei dem *adaptive change* wandeln sich gewisse pragmatische Strukturen – beispielsweise alltägliche Handlungen oder Verhaltensweisen. Die normativen Strukturen, wie bestimmte Überzeugungen, bleiben aber größtenteils bestehen. Durch den *radical change* werden die oktroyierten Strukturen und Abläufe, Normen und Werte mehr oder weniger vollständig und zeitüberdauernd in nahezu alle Bereiche der eigenen Kultur übernommen (Lewellen 2003: 103).

Demnach könnte eine mögliche Folge für das Gesamtsystem einerseits eine, wenn auch offiziell nicht gleichberechtigte und in unterschiedlichen Ausprägungsgraden vorliegende, Co-Existenz beider Systeme sein. Andererseits könnte ebenso eine Integration des Systems der „Eroberten“ in das der „Eroberer“ stattfinden – ein durchaus tiefgreifender Eingriff in die Lebenswelt der unterdrückten Menschen.

3.3. Widerstandsstrategien auf lokaler Ebene

Doch wie sieht es unterhalb dieser strukturell übergeordneten, gesamtgesellschaftlichen Ebene aus? Wie wehren sich einzelne Leute beziehungsweise Kleinstgruppen konkret gegen oktroyierte Politik „von oben“? Welche Strategien gibt es – sofern ein offener Aufstand und direkte Gegengewalt als Mittel zum Sturz der übermächtigen Herrschaft aussichtslos erscheinen – um eine relative Eigenständigkeit zu bewahren und somit das kulturelle Überleben der eigenen Gruppe annäherungsweise zu sichern?

Auch wenn der Staat offiziell die alleinige Macht hat, können den Menschen im unteren Bereich der Hierarchie gewisse Handlungsalternativen zur partiellen Beibehaltung ihrer kulturellen und politischen Autonomie bleiben – wenn auch zumeist in einem engen Rahmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich also die Frage, was genau im Zuge einer *political encapsulation* passieren und welche Reaktionen eine lokale Gruppe im Kontext nationaler Unterdrückung zeigen kann. Anknüpfend an den vorherigen Abschnitt, welcher sich mit möglichen Veränderungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene beschäftigt, werden nun im Folgenden unterschiedliche Strategien individueller Akteure beziehungsweise Kleingruppen beschrieben. Auf diesem politischen Widerstand „von unten“, als Antwort auf eine hegemoniale Staatsordnung, wird auch bei der Analyse des Fallbeispiels der Mosuo der Fokus liegen.

Die folgende Aufteilung in politische und ökonomische Strategien einerseits sowie soziale Strategien andererseits kann in der gelebten Realität oft nicht so trennscharf nachvollzogen werden. Idealtypischer Weise stehen erstere Strategien im Zusammenhang mit politischen und wirtschaftlichen Strukturen – das bedeutet die Widerstandsstrategien beziehen sich direkt oder indirekt auf ebendiese gesellschaftlichen Sphären des öffentlichen Lebens. Letztere beziehen sich wiederum eher auf „persönliche“ soziale Ereignisse, gemeint ist die direkte Interaktion beziehungsweise indirekte Konfrontation mit den ausübenden Machthabern.

3.3.1. Strategien auf politischer und ökonomischer Ebene

Haben die Unterdrückten Zugang zu begehrten Ressourcen, wäre es ihnen möglich, mit Hilfe dieser Druck auszuüben oder Zugeständnisse zu erzwingen. Bei dieser Strategie besteht allerdings die Gefahr, dass die Machthaber gegebenenfalls dazu bereit wären, in Hinblick auf diese Ressourcen die gesamte Gruppe zu „übergehen“, indem sie diese beispielsweise inhaftiert oder eliminiert. Neben dieser Möglichkeit gibt es außerdem ökonomische Strategien, wie den Aufbau eines lokalen Schwarzmarktes mit inoffiziellem Tauschhandel. Auf diese Weise würde das Wirtschaftssystem im größeren Stil informalisiert und die Unterdrückten könnten die ökonomischen Auflagen des beherrschenden Systems teilweise unterwandern. Lebt eine Gruppe grenznah, ergäbe sich zudem die Chance einer Flucht vor der Hegemonialmacht; eventuell mit einer anschließenden, längerfristigen Migration in ein anderes Land. Sind die geographischen Voraussetzungen gegeben, zum Beispiel durch eine äußerst bergige oder abgeschiedene Lage, bestünde außerdem die Aussicht darauf, dass sich die Minorität durch diese räumliche Trennung vollständig von dem politischen Leben des unterdrückenden Systems isoliert. Sind diese geographischen Voraussetzungen nicht gegeben, bestünde gleichwohl eine Gelegenheit des

passiven Widerstandes, indem ein Großteil der Gruppe schlicht nicht am politischen und wirtschaftlichen Leben teilnimmt und die oktroyierten Reglements ignoriert. Wie das folgende Zitat anschaulich beschreibt, braucht ein System stets Menschen, die dieses ausführen, da es ansonsten im Grunde keine signifikanten Auswirkungen mehr haben kann:

„The people fought back [...] [as] they stopped participating. [...] In cases in which government depends on voluntary compliance, refusal to participate can be an extremely powerful weapon.“ (Lewellen 2003: 123)

Ebenso könnte ein Ausweg unter gewissen Umständen darin bestehen, die lokalpolitischen Einrichtungen oder das Verwaltungssystem der Hegemonialmacht zu „infiltrieren“: Mehr und mehr der unterdrückten Menschen könnten sich, scheinbar assimiliert, in die aufgezwungenen Strukturen eingliedern – ihre Positionen letztendlich aber immer mehr dahingehend nutzen, nach eigenen Vorstellungen Macht auszuüben (Scott 1985: 113 f.; Skalník 1989: 9 ff.).

3.3.2. Strategien auf sozialer Ebene

Neben diesen Strategien auf ökonomischer und politischer Basis gibt es noch Taktiken auf sozialer Ebene. Hierzu zählen unter anderem kleinere Handlungen, die teilweise kontinuierlich ausgeführt werden und somit den alltäglichen Widerstand auf gesellschaftlicher Mikroebene gestalten – demnach von Einzelpersonen oder Kleingruppen ausgeführt werden. Diese Handlungen können in der Schädigung des Rufes der lokalen Machthaber bestehen. Rufmord als Mittel der sozialen Sanktionierung hat in kleineren Gruppen besonders große Auswirkungen, da das persönliche Ansehen und die Glaubwürdigkeit der eigenen Person stark in die meisten Bereichen der zwischenmenschlichen Interaktion hineinwirken. Auch der Boykott von Festen, die durch die betreffende Autorität ausgerichtet werden, hat in diesem Kontext eine große Wirkung, da die Gastfreundschaft in beinahe allen Gesellschaften einen besonderen Stellenwert einnimmt und die Ablehnung derselben somit einem inoffiziellen Normenbruch gleichkommt. Auch die Sabotage der örtlichen Machthaber und deren Ressourcen durch kleinere Diebstahldelikte oder Brandstiftungen kann, vor allem bei wiederkehrender Durchführung, einen großen Effekt im tagtäglichen Widerstandskampf haben (Lewellen 2003: 117; Scott 1985: 33, 35 f., 282). Dieser direkte Konfrontation vermeidende und daher vermeintlich stillschweigende Protest „von unten“ kann eine effektive Handlungsalternative darstellen – vor allem, wenn eine offene Gegenwehr aufgrund von zu großen Machtunterschieden der Minorität und der Majorität erfolglos wäre. James Scott beschreibt in seinem Werk *Weapons of the Weak* treffend:

„[...] the ordinary weapons of relatively powerless groups: foot dragging, dissimulation, false compliance, pilfering [...]. They require little or no coordination or planning; they often represent a form of individual self-help; and they typically avoid any direct symbolic confrontation with authority or with elite norms. [...] these commonplace forms of resistance [...] [are used] to defend its [the peasantry's] interests as best as it can.” (Scott 1985: 29)

Diese Art des Widerstandes, die von übergeordneter Organisation weitestgehend losgelöst ist, kann allerdings, wie bereits angedeutet, sehr hohem sozialem Druck unterliegen. Folglich besteht ein starker Zusammenhang mit spezifischen inoffiziellen Normen und sozialen Sanktionen, sowie mit der Solidarität zwischen den Gruppenmitgliedern:

“Routine resistance was maintained by an imposed mutuality or sanctioned solidarity by the poor [means: the subordinated group]. There was an unspoken agreement [...] among the poor by sanctions such as gossip, character assassination, ostracism [...] and the subtle threat of violence.” (Lewellen 2003: 117)

An dieser Stelle läge es außerdem auf der Hand, das Konzept der Identität und der Zusammengehörigkeit zu thematisieren. Die Einarbeitung dieser Aspekte ist allerdings nicht möglich, da sie zum einen in der über das Fallbeispiel vorliegenden Literatur nicht nennenswert behandelt werden und zum anderen den Analyserahmen dieser Arbeit übersteigen würden.

Die in diesem Kapitel beschriebenen niedrighschwelligigen Widerstandsformen auf sozialer Ebene wurden häufig – wie bereits in dem eingangs aufgeführten Zitat James Scotts deutlich wird – als bloßes Abwarten und passives Hinnehmen der Situation fehlgedeutet. Die Menschen, die dem oktroyierten System zumeist vollkommen ausgeliefert sind, erleben auf diese Weise indes spezifische Erfolge; mögen diese Erfolge oft nur klein und temporär erscheinen, so geben sie doch ein kurzzeitiges Gefühl der partiellen Kontrolle und tragen damit entschieden zum Überlebenswillen bei.

4. Politische und historische Rahmenbedingungen: Die Volksrepublik China

Im folgenden Kapitel werden nun gesellschaftliche, politische und historische Rahmenbedingungen für das Fallbeispiel der Mosuo erläutert, sowie eine allgemeine Einführung in das Feld gegeben. Auf diese Weise soll eine Basis für die Einbettung der Ereignisse, die im Fokus dieser Arbeit stehen, geschaffen werden.

4.1. Überblick: Minderheitenpolitik, *tusi*-System und politische Ordnung

An dieser Stelle ist es zunächst sinnvoll, einige Begrifflichkeiten genauer zu definieren: Der etisch beschreibende Terminus *Chinese* oder eine *chinesische* Person beschreibt die staatliche Zugehörigkeit zu der Volksrepublik China, also die Staatsbürgerschaft einer Person. Die *Han* bilden die Mehrheitsbevölkerung in der Volksrepublik China und werden daher oft umgangssprachlich als „Chinesen“ bezeichnet. Die Termini *Han*, *Han-Chinese* oder eine *han-chinesische* Person sind allerdings die korrekte Beschreibung der Zugehörigkeit einer Person zu der Ethnie der *Han* – welche innerhalb der Volksrepublik China mit einem Anteil von circa 90% der Bevölkerung eindeutig die dominierende und staatstragende Mehrheit bildet.

Die Volksrepublik China ist ein Vielvölkerstaat mit, wie bereits angedeutet, einer über Jahrhunderte andauernden Dominanz der Han-Chinesen. Die politische Führung praktizierte stets eine – mal mehr, mal weniger ausgeprägte – Einschränkung- und Unterdrückungspolitik gegenüber ethnischen Minderheiten. Über mehrere Jahrhunderte und zahlreiche Dynastien blieben die Einstellung gegenüber Minoritäten in der chinesischen Politik und der damit verbundene Umgang mit ebendiesen relativ unverändert, sie galten als „[...] ‚wilde Barbaren‘, die es durch bestimmte Mittel ‚in Zucht zu halten‘ galt“ (Heberer 1982: 6). Ein Mittel hierfür war unter anderem das *tusi*-System: Dieses ist eine politische Ordnung, in der lokale Anführer offizielle Titel aus der zentralchinesischen Politik zugeteilt bekamen, welche jene scheinbar in ihrer Position stärken sollten. Tatsächlich aber konnten auf diese Weise örtliche Machthaber einer anderen ethnischen Zugehörigkeit in die han-chinesische Beamtenhierarchie eingliedert beziehungsweise untergeordnet werden. Mit Hilfe des *tusi*-Systems wurde den lokalen Autoritäten somit eine – oft nur vermeintliche – Teilautonomie gewährt, während sie gleichzeitig in den zentralchinesischen Verwaltungsapparat integriert wurden und aufgrund zu leistender Abgaben und der Einhaltung bestimmter Auflagen von diesem abhängig waren (vgl. Dreyer 1976: 261-276; Heberer 1982: 4 ff.; Heberer 1984: 38 f.; Knödel 1995: 27; vgl. Wiens 1954: 201-263). Lewellen beschrieb diese Art der politischen Strategie als *Cooptation*: „[...] [it] is one of the most irresistible of political tools. Instead of fighting the opposition, the government absorbs it“ (Lewellen 2003: 121).

In diesem Zusammenhang bezeichnet *autoritärer Korporatismus* eine spezifische Form der gesellschaftlichen Mitbestimmung innerhalb eines Staates. Innerhalb eines solchen Staatsmodells agiert die Regierung nur durch eine limitierte Anzahl von monopolistischen Interessensgruppen, für die in der Regel eine Zwangsmitgliedschaft besteht. Dieser Staatstyp mit stark begrenzten gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsfragen – im Falle

Chinas durch ein autoritäres Einparteiensystem umgesetzt – bildet somit den Gegenpol zu *pluralistischen* Staatssystemen. Bei Letzterem wird der Fokus stärker auf Individualität gelegt, sodass eine Vielzahl voneinander unabhängige Gruppen Einfluss nehmen können (Nohlen und Schultze 2010: 517 f.).

4.2. Kontextualisierung: Historische, politische und ideologische Einbettung

4.2.1. Vorgeschichte und Ausgangssituation: Die Republik China

Nachdem im Jahre 1911 die Qing-Dynastie beendet worden war und damit der letzte chinesische Kaiser seine Macht verlor, wurde am 1. Januar 1912 durch die Kuomintang⁵ die Republik China ausgerufen. In den folgenden Jahrzehnten war die Republik China durch zahlreiche Unruhen, Aufstände und Kriege – wie beispielsweise den chinesischen Bürgerkrieg, den sino-japanischen Krieg und die damit verbundene japanische Besatzung, sowie den Ersten und den Zweiten Weltkrieg – geprägt. Die enorme Instabilität des Landes wurde dadurch verstärkt, dass es auch in Bezug auf die politische Führung immer wieder stärkere Konflikte gab. Diese fanden zwischen den kommunistischen Anhängern der im Jahre 1921 unter Mao Zedong gegründeten KPCh und der KMT unter Chiang Kai-shek statt (Heberer 1984: 45 f.).

Die KMT verfolgte eine politische Linie, mit welcher sie – nicht selten gewaltsam – versuchte, jegliche Eigenständigkeit und jegliches Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten zu unterdrücken; teilweise leugnete sie die Existenz dieser Minderheiten gänzlich. So wurde unter anderem behauptet, dass gewisse Unterschiede zwischen einzelnen Ethnien nur auf verschiedene „äußere“, beispielsweise geographische, Einflüsse zurückzuführen seien. Letztendlich würde aber eine „innere Verbundenheit“ bestehen, weswegen die Einheit des gesamten chinesischen Volkes – unabhängig von der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeit – mit allen Mitteln wieder hergestellt werden sollte (Heberer 1982: 7). Das politische Programm der KMT war demnach geprägt von Assimilation, Unterdrückung der ethnischen Minderheiten und deren Zwangseingliederung in die han-chinesische Kultur. Diese Tatsache führte bei vielen Angehörigen einer Minorität dazu, sich der KPCh, die „Befreiung“ und Eigenständigkeit versprach, anzuschließen. Auf diese Weise setzte sich die KPCh im Jahre 1949 endgültig im Machtkampf durch, woraufhin unter der Führung Mao Zedongs die Volksrepublik China ausgerufen wurde (Heberer 1982: 6 ff.; Heberer 1984: 42 ff.).

⁵ Der Einfachheit halber wird in den folgenden Ausführungen anstelle des ausgeschriebenen Begriffs für die damals regierende Partei „Kuomintang“ nur noch das Akronym „KMT“ verwendet.

4.2.2. Machtübernahme und Hegemonie der KPCh: Die Volksrepublik China

Am 1. Oktober 1949 wurde somit durch die KPCh unter Mao Zedong offiziell die Volksrepublik China gegründet. Die kommunistische Führung war in der Bevölkerung sehr populär, da sie nach langer Zeit der Unruhen und des Krieges wieder Stabilität in das Land zu bringen schien. Sie bekämpfte unter anderem die Inflation und baute sowohl die Landwirtschaft als auch die Infrastruktur aus. Außerdem versprach die KPCh eine auf demokratischen Reformen und die Einführung von Gebietsautonomien ausgerichtete Nationalitätenpolitik. Auf diese Weise versuchte die KPCh, mit der „tausendjährige[n] historische[n] Unterdrückung [...] und ein[em] [...] Überlegenheitsgefühl der Han gegenüber den ethnischen Minoritäten“ abzuschließen und setzte es sich nach eigener Aussage zum Ziel, „[...] dieses historische Erbe abzutragen und die Gleichberechtigung aller Nationalitäten zu verwirklichen [...]“ (Heberer 1982: 8 f.). In Folge dessen wurde einigen Gebieten Souveränität zugesprochen, wonach sie offiziell als autonom galten. Gleichzeitig wurde von der Regierung anvisiert, dass ebendiese – auf wirtschaftliche Vorteile bedacht – eng mit der Volksrepublik China zusammenarbeiten oder sich freiwillig erneut mit dieser zusammenschließen würden. Die Minderheiten bekamen das Recht, sich selbst zu verwalten, sollten aber gleichzeitig mit den Han-Chinesen einen einheitlichen Nationalstaat aufbauen. Dieses Konzept der Teilautonomie geschah in Anlehnung an das in 4.1. erläuterte Modell des *tusi*-Systems (Heberer 1982: 14 f.; Heberer 1984: 64 f.). Angesichts unterschiedlicher Oppositionen in der Bevölkerung und einer politischen Umorientierung der KPCh wurden diese Pläne allerdings nicht wie geplant umgesetzt. Diese, zunächst eher umsichtig erscheinende, Politik wich rasch einer ausnahmslos ideologisch ausgerichteten Staatsführung. Bestandteil dieser Ideologie war unter anderem die feste Überzeugung der Wahrhaftigkeit des Evolutionismus. Dieses hierarchische Stufenmodell benennt unter anderem die Monogamie als das erstrebenswerte, finale Stadium im Zusammenhang mit der „Entwicklung“ menschlicher Beziehungen. Wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird, war vor allem diese Überzeugung in Bezug auf den Umgang mit dem Sozialsystem der Mosuo äußerst problematisch (Heberer 1982: 18 f.; Heberer 1984: 82 f.; Hua 2001: 409). Um das ideologische Bewusstsein der chinesischen Bevölkerung zu beeinflussen und eine neue Gesellschaftsordnung schaffen zu können, wurden ab Mitte der 1950er Jahre strikte Massenkampagnen durchgeführt. Um ihre Machtstrukturen zu stärken, wurde jede Kampagne unter genauer Aufsicht der KPCh geplant und die von ihr festgelegten „vier Elemente“ – Vorbereitung, Mobilisierung des Umfelds, Durchführung und Ergebniszusammenfassung – stets penibel ausgeführt. In verschiedenen, rasch aufeinander folgenden Reformen fanden mannigfach gesellschaftliche Umstrukturierungen statt: So wurden Grundbesitzer enteignet und, um gegen „rechte Tendenzen“ vorzugehen, so genannte

„Konterrevolutionäre“ oder „Lokalnationalisten“⁶ angeklagt und nicht selten zum Tode verurteilt (Heberer 1982: 19 f.; Heberer 1984: 89).

Während der Jahre von 1953 bis 1957 entstanden daraufhin teilweise signifikante Versorgungsengpässe: Durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, schwere Überschwemmungen und Dürren, die Zusatzbelastung der Bauern durch die Zwangsarbeit in Infrastrukturprojekten und die vom Staat als Steuer erwarteten, massiven Getreideabgaben blieben dem Großteil der Bevölkerung nicht genügend landwirtschaftliche Erträge für den Eigenverbrauch. So kam es während des sogenannten *Großen Sprungs nach vorn* von 1958 bis 1961 zu einer Hungersnot, der unterschiedlichen Quellenangaben zufolge zwischen 15 und 45 Millionen Menschen zum Opfer fielen (Heberer 1984: 91 f.). Während folglich ab den 1960er Jahren versucht wurde, die Wirtschaft zu stabilisieren, wurde auf politisch-ideologischer Ebene ein uneingeschränkter „Klassenkampf“ zum universellen Ziel erklärt. Dieser bestimmte von jenem Moment an die gesamte inhaltliche Ausrichtung der politischen Arbeit. Etwaige Differenzen zwischen verschiedenen Ethnien wurden als nichtig erklärt, da nur die Unterschiede zwischen den „Klassen“ als zu bearbeitende Problematiken anerkannt wurden. Die radikalen Ansätze der KPCh, welche die Volksrepublik China in einen „utopischen Kommunismus“ führen wollte, demontierten auf diese Weise die vorher so stark deklarierte, moderatere Minderheitenpolitik (Dreyer 1976: 163; Heberer 1984: 100, 106). Den Höhepunkt dieser Politik bildete ab 1966 die sogenannte *Kulturrevolution*: Die KPCh betrieb eine strikte Politik der Zwangsassimilierung – so wurde den ethnischen Minderheiten beispielsweise der Gebrauch ihrer eigenen Sprachen und Schriftsysteme verboten oder von der han-chinesisch geprägten Zentralregierung abweichende Traditionen und sogar gesamte Sozialstrukturen gewaltsam beseitigt. Auf diese Weise sollte eine „Verschmelzung der Nationalitäten“ erreicht werden, um einen absoluten und alles umfassenden Kommunismus zu schaffen (Heberer 1991: 14). Wie in den folgenden Kapiteln anhand des Fallbeispiels der Mosuo deutlich wird, waren von dieser extremen Zwangsassimilierung besonders die ethnischen Minoritäten betroffen, doch auch die han-chinesische Bevölkerung war der Willkür des politischen Apparates ausgeliefert. Dieser Zustand dauerte an, bis Mao Zedong im September des Jahres 1976 starb, woraufhin die führenden Kräfte der KPCh im Zuge eines Militärputsches verhaftet wurden und die *Kulturrevolution* beendet war (vgl. Dreyer 1976: 205-235; Heberer 1984: 107, 111; Heberer 1991: 14).

⁶ „Lokalnationalismus“ bezeichnete der KPCh folgend unter anderem die „Überbetonung der Besonderheiten der nationalen Minderheiten [...]“ und die damit einhergehende „[...] Nichtberücksichtigung der Interessen des Landes insgesamt [...]“. Diese „Überbetonung“ würde beispielsweise bereits geschehen, sobald Minderheiten versuchten, „[...] Sitten und Gebräuche [...]“ beizubehalten (Heberer 1982: 19 f.).

5. Die Mosuo von Yongning

Bevor die Situation der Mosuo unter der Hegemonie der KPCh erörtert wird, gibt das folgende Kapitel zunächst einen Überblick über die Ethnie; diese wird der Übersicht halber anhand der ethnologischen Kerngebiete vorgestellt.

5.1. Bezeichnung und Zugehörigkeit

Über die Benennung der im Folgenden behandelten Ethnie herrscht Uneinigkeit: Einige bezeichnen diese als *Na* (Cai Hua, chinesischer Ethnologe), andere als *Naxi* (Regierung der Volksrepublik China) oder als *Mosuo* (Susanne Knödel, deutsche Ethnologin). Daher wird zunächst der Frage nach den unterschiedlichen Bezeichnungen nachgegangen. In den 1950er Jahren wurde *Naxi* von der politischen Führung der Volksrepublik China als verbindliches Ethnonym für eine, in dem Grenzgebiet von Yunnan und Sichuan lebende und mit dieser Namensgebung ebenfalls offiziell anerkannte, ethnische Minderheit vorgegeben. Diese Gruppe war jedoch keine, wie von der Regierung postulierte, homogene ethnische Einheit. So grenzte sich eine kleine, in Yongning lebende Gruppe von der oktroyierten Namensgebung ab und gab sich eine eigene Bezeichnung: *Mosuo*. Beide Gruppen waren sich in ihrer Sprache, dem Wirtschaftssystem und der Glaubensrichtung sehr ähnlich, ein großes und damit entscheidendes Distinktionsmerkmal war allerdings die Deszendenz. Während die *Naxi* patrilinear und in Allianzsystemen organisiert waren, wurden die Nachfolgeregelungen bei den Mosuo über die mütterliche Linie bestimmt. Auch das Abstammungsverständnis und das Sozialsystem der Mosuo waren matrilinear strukturiert, woraus sich bestimmte Konsequenzen für das Zusammenleben von Partnern und deren Kindern ergaben. So war auch die sogenannte *azhu*-Beziehung, welche noch ausführlich beschrieben wird, ausschließlich bei den Mosuo zu finden. Da die Sozialordnung in beiden Fällen mit vielen anderen Bereichen der Gesellschaft zusammenhing, unterschied sich das Identitätsgefühl der *Naxi* und der Mosuo stark voneinander. Da eventuelle kulturelle Parallelen aus emischer Perspektive folglich keine Rolle spielten, wird in dieser Arbeit die Eigenbezeichnung Mosuo verwendet.

Yongning war ein multiethnisches Gebiet, in welchem die Mosuo die größte Bevölkerungsgruppe bildeten, gefolgt von den eben beschriebenen *Naxi*; daneben lebten dort einige *Pumi*, *Han-Chinesen* und vereinzelt andere ethnische Gruppen. Abgesehen vom Transporthandel und kleineren Lohnarbeiten, welche die Mosuo teilweise ausführten, fand jedoch kaum Interaktion mit den Nachbarethnien statt. Eine ungefähr gleiche soziale Stellung innehabend, lebten alle Ethnien friedfertig nebeneinander (vgl. Höllmann 2007: 27-51; Hua 2001: 36 f., 109 ff.; Knödel 1995: 7 f., 20 f., 94 f.).

5.2. Allgemeiner Überblick

Zu der ethnischen Gruppe der Mosuo fühlten sich in etwa zwischen 15.000 und 20.000 Menschen zugehörig. Diese lebten im Südwesten Chinas, im Grenzgebiet der Provinzen Yunnan und Sichuan, in einem etwa 300 km² großen Areal. Das Hauptsiedlungsgebiet bildete dabei das Hochtal von Yongning, welches – zusammen mit einem kleinen, ebenfalls besiedelten Gebiet um den Lugu-See – in sechs Gemeinden mit insgesamt 45 Dörfern unterteilt war. Das Hochtal von Yongning lag durchschnittlich auf etwa 2500 NHN (Normalhöhennull), das Klima dort war warmgemäßigt und winter trocken mit sehr niederschlagsreichen Sommern. Die Mosuo sprachen *Ost-Naxi*, welches zu den tibetobirmanischen Sprachen und damit zum Zweig der sinotibetischen Sprachfamilie gehört. Sie hatten außerdem ein eigenes Schriftsystem, welches aus 32 Begriffszeichen bestand. Dieses nahm zumeist eine religiöse Funktion ein, zum Beispiel beim Festlegen von günstigen Tagen für Divination (Knödel 1995: 13 f., 22 f.; Olson 1998: 246 f.).

5.3. Sozialstruktur

Die Mosuo hatten ein unilineares Abstammungsprinzip, welches auf matrilinearere Deszendenz beruhte. Die Gesellschaft der Mosuo teilte sich zudem in drei Stände: Die *E*, welche aus etischer Perspektive als *Bizi* bezeichnet wurden, was mit „Leibeigene“ übersetzt werden kann; die *Zeke*, welche von Außenstehenden *Baixing* genannt wurden, was wiederum mit „Gemeine“ übersetzt werden kann; und zuletzt die *Sipei*, die etisch als *Guizu* eingeordnet wurden, was „Adlige“ bedeutet. An der Spitze der *Sipei* stand zudem das politische Oberhaupt, der *tusi*, der als Lokalverwalter agierte. Im Folgenden werden zur Beschreibung der Ständezugehörigkeit stets die emischen Begriffe verwendet.

Neben dieser Stratifizierung teilte sich die gesamte Gesellschaft der Mosuo als umfassendste Einheit zusätzlich in vier *Er* (Klone) auf. Diese bildeten ursprünglich lokalisierte Abstammungsgruppen, nahmen aber im Laufe der Zeit nur noch marginale Funktionen in wenigen religiösen Kontexten ein. Wie bereits die gleiche Bezeichnung erahnen lässt, gehörten dem *E*-Klan hauptsächlich Menschen der untersten sozialen Schicht an. Daneben gab es die *Si*-, *Hu*- und *Ya*-Klone, in welche sich die drei Strata ohne erkennbare Präferenz relativ gleichmäßig aufteilten. Die vier Klone teilten sich wiederum in eine Vielzahl von *Siri* (Lineages), die selten mehr als einen Stamm- und zwei oder drei daraus hervorgegangene Tochterhaushalte umfassten. Die kleinste organisatorische Einheit bildete ein solcher Haushalt, der aus einer matrilinearen Familie bestand. Innerhalb der Lineages gab es zahlreiche Verpflichtungen, beispielsweise in wirtschaftlicher Hinsicht. Da die Mosuo ein unilineares Abstammungsprinzip hatten, das auf matrilinearere Deszendenz beruhte, und auch die *Er* jeweils auf eine „Ahnin“ zurückgeführt

wurden, kann sowohl von Matriklans als auch von Matrilineages gesprochen werden (Knödel 1995: 15 f., 110, 117). Da zwischen der oberen und den beiden unteren Schichten signifikante Unterschiede bezüglich der sozialen Struktur bestanden, muss im Folgenden zwischen den *Sipei* einerseits und den *Zeke* und *E* andererseits unterschieden werden.

Bei den *Zeke* und *E* definierte sich ein Haushalt wegen des matrilinearen Abstammungsprinzips allein über die Nachkommen der weiblichen Linie. Die Frau hatte allgemein einen hohen gesellschaftlichen Status, und die eigene mütterliche Familie war emotionaler Bezugspunkt und Rückhalt. Ein Haushalt bestand in der Regel aus einer Mutter und ihren Kindern, den Schwestern und Brüdern ersterer, sowie den Kindern der Schwestern. War ein Haushalt auf diese Weise aufgebaut, konnte er gleichzeitig als matrifokale Familie verstanden werden. Um demographische Schwankungen – beispielsweise den Mangel an Nachkommen oder fehlende Arbeitskraft – auszugleichen, kam es häufig vor, dass zusätzlich Außenstehende als Haushaltsmitglieder rekrutiert wurden. Haushaltsteilungen kamen hingegen kaum vor, da ein Haushalt selten mehr als zwei bis drei Generationen und etwa zehn Mitglieder umfasste (Knödel 1995: 119 ff., 138 f., 171, 182). Die Ehe war in den unteren Schichten von geringer Bedeutung und eher „unpopulär“ – der größte Teil der *Zeke* und *E* lebte in einer *azhu*-Beziehung. Diese, im Gegensatz zur Ehe, informelle Beziehung war bei den Mosuo gesellschaftliche Norm und wurde einer formalisierten Bindung vorgezogen. Bei der *azhu*-Beziehung besuchte der Mann die Frau nachts und war tagsüber in seinem eigenen Haushalt – hieraus ergab sich eine duolokale Residenz der beiden *azhu*-Partner. Es war nicht ungewöhnlich, mehrere *azhu* gleichzeitig zu haben, wobei es meist einen festen Haupt- und weitere Nebenpartner gab. Die *azhu*-Beziehung unterlag feststehenden Regeln: Jeder Mosuo gehörte einer bestimmten Gruppe an, für welche ein Exogamiegebot galt. Diese Gruppe umfasste unabhängig von *Siri*-Zugehörigkeit alle tatsächlichen, matrilinearen Verwandten. Ein Inzesttabu (etische Begriffsverwendung) gab es hingegen nicht – Vater und Tochter gehörten nach dem Prinzip der Mosuo nicht derselben Exogamiegruppe an – in der Literatur waren jedoch keinerlei Hinweise auf solche Beziehungen zu finden (Hardenberg 2008: 116 ff.; Knödel 1995: 104 f., 116, 147, 150).

Über die soziale Organisation der *Sipei* liegen entweder keine präzisen oder teilweise nur widersprüchliche Angaben vor – einige Autoren vertreten die Meinung, dass sie eine patrilineare Abstammungsgruppe bilden, andere wiederum nicht (vgl. Knödel 1995: 181-187). Ein Haushalt bei den *Sipei* bestand in der Regel aus einer Kernfamilie, also einem Mann mit seiner Ehefrau und ihren Kindern. Im Gegensatz zu den unteren Schichten wurden bei den *Sipei* die Männer als Zentrum des Haushaltes gesehen – auch Land und Güter galten nicht als gemeinsames Eigentum, sondern unterlagen der alleinigen Verfügungsgewalt des Familienvaters. Der Besitz

und die Ämter wurden in einer streng eingehaltenen Erbfolge ausschließlich von den Vätern an ihre Söhne weitergegeben (Knödel 1995: 175 f., 178 f.). Die Ehe hatte bei den *Sipei* hohe Priorität und unterschied sich von einer *azhu*-Beziehung unter anderem durch eine Heiratszeremonie und die Notwendigkeit der Koresidenz. Eine Heirat war mit zahlreichen Formalitäten und hohen Kosten verbunden – so musste zum Beispiel ein verhältnismäßig hoher Brautpreis gezahlt werden. Offiziell verpflichtete eine Eheschließung eigentlich zur Monogamie; wenn die Ehe jedoch kinderlos blieb, kam es teilweise dennoch vor, dass entweder der Mann noch eine Frau oder die Frau noch einen Mann ehelichte – ersteres Konzept der Polygynie kam dabei deutlich häufiger vor als das zweite der Polyandrie. Die postnuptiale Residenz war meist neolokal, in seltenen Fällen aber auch virilokal. Negative Heiratsvorschriften bestanden in Form eines Exogamiegebots, welches sich aber nur unspezifisch auf „enge Verwandte patrilinearer Blutsbande“ bezog und nicht näher erläutert wird (Knödel 1995: 177). Als präferenzielle Heiratsregel galt die patrilaterale Kreuzbasenehe, also die Heirat eines Mannes mit der Tochter seiner vaterseitigen Tante. Außerdem wurde bei den *Sipei* bevorzugt isogam, das bedeutet innerhalb des gleichen Stratums, geheiratet (Knödel 1995: 15, 160 ff., 171, 177 ff.).

Bei den Mosuo schloss die Kindred – neben konsanguinalen und affinalen Verwandten – zusätzlich alle Personen mit ein, die in irgendeiner Form über eine *azhu*-Beziehung mit dem Ego in Verbindung standen. Es lassen sich keine Hinweise darauf finden, dass neben diesen verwandtschaftlichen auch andere soziale Kategorien in Form von Assoziationen, wie Altersklassensysteme oder Geheimbünde, von Relevanz waren.

5.4. Wirtschaftssystem

Die Mosuo konzentrierten ihre Wirtschaftsleistung primär auf den intensiven Boden- oder Ackerbau und brachten durch den Einsatz von Pflügen, Düngemittel und künstlicher Bewässerung physisches Kapital in die Landwirtschaft ein. Damit waren sie der Kategorie des produzierenden Nahrungserwerbs zuzuordnen. Der Ackerbau stellte den wichtigsten Wirtschaftssektor dar, die Mosuo investierten jährlich 57-65 % ihrer Gesamtarbeitszeit in die Feldarbeit. Viehzucht und Lohnarbeit im Karawanenhandel waren nur von untergeordneter Bedeutung (Knödel 1995: 69, 76 ff., 81, 99).

Da die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig war, nahm das Ackerland als Ressource den größten Stellenwert ein. Nur die *Sipei* besaßen selbst Land, die *Zeke* hatten zumindest erbliches Anrecht auf die Nutzung bestimmter Ackerflächen, während die *E* keinerlei Landanspruch hatten, teilweise aber kleine Flächen für die Eigenversorgung zur Verfügung gestellt bekamen. Viehzucht nahm lediglich 15-20 % des gesamten Produktionswertes ein. Schweine

waren die wichtigsten Fleischlieferanten – Pökelfleisch wurde ebenfalls als Zahlungsmittel gehandelt – und jeder Haushalt besaß einige Hühner. Rinder wurden als Zugtiere für den Pflug gehalten. Aufgrund ungenauer Quellenlage können jedoch keine Angaben darüber gemacht werden, wie genau diese Ressourcen verteilt waren (Knödel 1995: 69, 73, 85 f.). Man kann allerdings davon ausgehen, dass mit der Höhe des sozialen Status ebenfalls der Individual- und Haushaltsbesitz stieg.

Die Arbeitsteilung war bei den Mosuo geschlechtsspezifisch. Die Frauen waren für den Haushalt und leichtere körperliche Arbeiten zuständig, während die Männer die körperlich schwereren Arbeiten verrichteten. Die Planung und Organisation der aufwendigen landwirtschaftlichen Arbeit übernahm das meist weibliche Familienoberhaupt. Diese Aufteilung traf jedoch nicht auf die *Sipei* zu. Haushalte, die alleine nicht in der Lage waren, ihr Land zu bestellen, organisierten sich zusätzlich in Arbeitsgemeinschaften, sogenannter *Yidi* – in diesen half man sich gegenseitig bei allen Arbeiten, teilte Zugtiere und Werkzeug (Knödel 1995: 99 ff., 104).

Im alltäglichen Eigenverbrauch wurde vorwiegend gekochte Hirse konsumiert. Aber auch andere Getreidesorten wurden verarbeitet und mit Butter und Tee verzehrt. Gemüse wurde gekocht, eingelegt oder getrocknet, dazu wurde Pökelfleisch und Hühnerfleisch gegessen. Knapp die Hälfte aller Haushalte der *Zeke* und *E* ernteten allerdings zu wenig Getreide, sodass die Subsistenzwirtschaft nicht gewährleistet war und zusätzlich Warentausch betrieben wurde. So wurden Hanf und Pökelfleisch in Tausch-Transaktionen gegen Getreide eingewechselt. Auch der Verbrauch für soziale Zwecke spielte bei den Mosuo eine große Rolle: Das Ende der Hirseaussaat eines Haushaltes wurde mit einem großen Fest gefeiert, auf dem alle anderen der Arbeitsgemeinschaft zugehörigen Haushalte großzügig bewirtet wurden (Knödel 1995: 70, 81 ff., 93).

Yongning lag auf einem wichtigen Handelsweg von Yunnan nach Sichuan und entwickelte sich so im Laufe der Zeit zu einem bedeutenden Warenumschlagsplatz. Der Warentausch wurde hauptsächlich in Naturalien getätigt, die Mosuo tauschten unter anderem Pökelfleisch gegen Butter, Wollwaren oder Heilpflanzen. Auch sogenannter „sozialer“ Tausch war bei den Mosuo üblich: Haushalte mit guten Ernten gaben denen mit schlechten Ernten Getreide ab und alle halfen sich gegenseitig mit Saatgut oder Stroh für Tiere aus (Knödel 1995: 94 ff., 105 f.). Bei den Arbeitsgemeinschaften wurden Arbeitszeit und Aufwand überdies in der Regel „nicht gegeneinander abgerechnet“ (Knödel 1995: 105). Es lässt sich so eindeutig eine in dem Bewusstsein der Gesellschaft verankerte, generalisierte – wegen bisweilen getätigter Ausgleichszahlungen aber auch ausgeglichene – Reziprozität erkennen.

5.5. Politik- und Rechtssystem

Da das *tusi*-System als solches und auch in seiner politischen Funktion bereits in Abschnitt 4.1. detaillierter erläutert wurde, wird das Politik- und Rechtssystem der Mosuo im Folgenden nur verkürzt beschrieben.

Im Jahre 1381 wurde Yongning in das chinesische Kaiserreich eingebunden und gleichzeitig eine indirekte Regierung durch das *tusi*-System eingerichtet. Der *tusi* stand als „Lokalherrscher“ an der Spitze des Adels und entstammte stets dem Stratum der *Sipei* – das Amt wurde in der Regel von dem Vater an seinen ältesten Sohn vererbt. In der Lokalverwaltung war der *tusi* Inhaber der obersten Ämter, ihm untergeordnet waren mehrere Verwalter mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Er hatte die Entscheidungsgewalt in Streitfragen und war außerdem zu Sanktionierungen berechtigt. In seiner Position war er formalisiert und die politische Führung bei den Mosuo somit zentralisiert – allerdings musste der *tusi* verschiedene Abgaben an die chinesische Zentralregierung leisten und darüber hinaus auch Rechenschaft über seine politischen Handlungen ablegen. Die beiden unteren Schichten waren, aufgrund ihrer größtenteils basisdemokratisch aufgebauten Haushalte, egalitär organisiert; diese egalitäre Struktur griff allerdings nur in inoffiziellen Kontexten, da sich im allgemeinen Gesellschaftssystem ein jeder dem *tusi* und seinen Verwaltern unterordnen musste (Knödel 1995: 27, 50 f., 61 f).

5.6. Religion und Glaube

Da sich in der Literatur keine Hinweise auf religiös motivierten Widerstandsbewegungen oder in diesem Bereich angesetzte Strategien finden lassen, wird dieser Abschnitt aufgrund seiner geringen Relevanz für die Fragestellung dieser Arbeit kurz gehalten.

Die Religion der Mosuo setzte sich aus verschiedenen Glaubensrichtungen zusammen und kann als Synkretismus bezeichnet werden. Zum einen ließen sich Teile des Animismus finden: der Glaube an die Belebtheit und Beseeltheit der gesamten Umwelt, sowie an spezifische übernatürliche Wesen in derselben. Positive Wesen – wie Seelen der Familienahnen oder Naturgeister, deren Spitze *Ganmu* als höchste Berggöttin bildete – nahmen eine Schutz- und Hilfsfunktion ein. Daneben gab es negative Wesen, zum Beispiel Krankheitsdämonen und die Totenseelen fremder Menschen. Ergänzt wurde der animistische Glaube durch verschiedene Schulen des tibetischen Buddhismus. Einige Mosuo erhielten eine Mönchsausbildung und verehrten das buddhistische Pantheon durch Gebete. Dieses Pantheon wurde durch Figuren und Bräuche anderer Glaubenssysteme ergänzt – so wurden auch die bereits erwähnte Berggöttin *Ganmu* und bestimmte religiösen Praktiken aus dem tibetischen Lamaismus miteinbezogen. In kleinerem Umfang gab es zusätzlich einen „angepassten“ Bon-Glauben, der über mündliche Traditionen

der *Dabas* (religiöse Spezialisten) an ausgewählte Personen weitergeben wurde. Die Positionen dieser Spezialisten konnten dabei ausschließlich von Männern besetzt werden. Frauen – ausgenommen die der *Sipei* – durften als „Hauspriesterinnen“ nur Zeremonien innerhalb der Familie, beispielsweise Opferriten für die Ahnenseelen, leiten (Knödel 1995: 207 f., 220, 224, 231).

6. Die Mosuo unter der Hegemonialmacht der KPCh: Auswirkungen auf das Gesellschaftssystem, Reaktionen auf die Veränderungen und spezifische Widerstandsstrategien

Nachdem die allgemeinen, gesellschaftlich-politischen und fallbezogenen Rahmenbedingungen ausführlich beschrieben worden sind, werden nun die verschiedenen Widerstandsstrategien auf die Situation der Mosuo unter der Hegemonie der KPCh übertragen. Man darf hierbei nicht vergessen, dass in Bezug auf eine Unterdrückung vor allem das subjektive Empfinden und die individuelle Wahrnehmung – weniger jedoch objektive Kriterien – entscheidend sind, um einen Fall nachvollziehen zu können.

6.1. Die Form der *political encapsulation* und strukturelle Folgen für das gesamtgesellschaftliche System der Mosuo

Wie bereits in Kapitel 3.2. bereits erläutert, hat das jeweilige Umfeld einen entscheidenden Einfluss darauf, in welchem Maße und in welcher Form Widerstand überhaupt möglich ist. Da auch das politische System der Volksrepublik China den Mosuo einen bestimmten Rahmen für ihre Handlungsalternativen gab, wird im Folgenden zunächst erläutert, mit welcher Art der *political encapsulation* sich die Mosuo konfrontiert sahen.

Im Zusammenhang mit dem historisch tief verwurzelten *tusi*-System, konnte zu Beginn der Machtübernahme durch die KPCh von einer *predatory encapsulation* gesprochen werden. Die KPCh unter der Führung Mao Zedongs an der politischen Spitze der Volksrepublik China als das machtausübende System und das, diesem machtpolitisch unterlegene, Gesellschaftssystem der Mosuo, existierten nebeneinander. Dabei war den Mosuo eine gewisse Teilunabhängigkeit gegeben, solange sie bestimmte Abgaben an den politischen Verwaltungsapparat der Volksrepublik China leisteten. Im Laufe der politischen Entwicklungen und der damit verbundenen Reformen, veränderte sich diese *predatory encapsulation* jedoch immer mehr zu einer *incorporation*. Die Majorität unterdrückte die Minorität immer stärker. So führte die KPCh zuletzt drastische Sanktionen als Konsequenz einer Nichtbefolgung ihrer Reglements ein und eignete sich auf diese Weise eine beinahe vollständige Kontrolle über viele Lebensbereiche der Ethnie

der Mosuo an. Auf struktureller Gesellschaftsebene lässt sich die Reaktion der Mosuo am ehesten mit dem *adaptive change* beschreiben: Unter der Hegemonialmacht wandelten sich temporär pragmatische Strukturen alltäglicher Handlungen und Verhaltensweisen. Die normativen Strukturen in Form von spezifischen Überzeugungen und Ansichten schienen hingegen größtenteils bestehen zu bleiben. Das Zustandekommen dieser Entwicklungen kann in den folgenden Abschnitten vertieft nachvollzogen werden.

6.2. Widerstandsstrategien auf lokaler Ebene

Inwiefern wehrten sich die Mosuo also vor diesem Hintergrund gegen die chinesische Regierung? Welche Widerstandsstrategien wurden im Angesicht der hegemonialen Staatsmacht umgesetzt? Und in welchem Ausmaß konnten unter den strikten Maßnahmen der KPCh spezifische Normen und eine partielle Autonomie erhalten bleiben?

Um diesen Fragen nachzugehen, werden nun die in Kapitel 3 erläuterten Widerstandsstrategien auf das Fallbeispiel der Mosuo übertragen und auf ihre Anwendbarkeit und tatsächliche Umsetzung überprüft. Vorwegnehmen lässt sich zunächst Folgendes: Eine offene Rebellion gegen die Hegemonialmacht wäre wahrscheinlich aussichtslos – bei einigen Gelegenheiten zeigte diese, dass sie nicht davor zurückschrecken würde, eine große Anzahl an Regimegegnern zu eliminieren⁷. Eine zentral organisierte und großangelegte Gegenwehr als eine Form der direkten Konfrontation war demnach im Fall der Mosuo ausgeschlossen. Im folgenden Abschnitt werden nun Handlungsalternativen und Strategien näher betrachtet, deren Ausführung für die Mosuo im Kontext der Unterdrückung möglich waren: Konkrete Reaktionen in Form von individueller Gegenwehr.

Dabei könnte die Frage nach der Anwendung bestimmter Strategien und gleichzeitiger Vernachlässigung anderer nur sehr spekulativ beantwortet werden. Dieses liegt zum einen an der in der Quellenkritik bereits thematisierten, teilweise problematischen Literaturlage. Zum anderen ist eine Grundidee des inoffiziellen Widerstandes die Spontaneität und dezentrale Organisation. Dies kann verständlicherweise zu einer lückenhaften Dokumentation desselben führen; insbesondere, wenn Quellen aus emischer Perspektive fehlen. Zweifellos macht es einen erheblichen Unterschied für die heutige Aufarbeitung, ob und wie das Stattgefundene festgehalten wurde. Da allzu haltlose Spekulationen im Kontext wissenschaftlicher Arbeit letztlich zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen, basieren die folgenden Untersuchungen daher auf

⁷ Beispielsweise wurde bei einer im Jahre 1958 stattgefundenen Rebellion in Zentralchina „wahllos niedergeschlagen und getötet“ und hierbei auch nicht unterschieden, wer tatsächlich an der Revolte beteiligt war und wer nicht (Heberer 1982: 27 und vergleiche für die Beschreibung weiterer Vorfälle Heberer 1982: 20 f.; 27 und Heberer 1984: 61 f.).

wenigen, dafür aber weitestgehend gesicherten Vorkommnissen. Ebenso sei in diesem Zusammenhang vorweggenommen, dass aus selbsterklärenden Gründen nur solche Strategien untersucht werden können, die in der Literatur beschrieben werden. Im Rahmen dieser Arbeit lässt sich leider nicht feststellen, inwiefern diese Bearbeitung durch die thematisierte, teilweise unzureichende Dokumentation eventuell das tatsächlich Geschehene verzerren könnte.

6.2.1. Strategien auf politischer und ökonomischer Ebene

Die Möglichkeit, sich mit Hilfe spezifischer, begehrter Ressourcen bestimmte Zugeständnisse bei der zentralchinesischen Regierung zu erzwingen, konnten die Mosuo aus zweierlei Gründen nicht nutzen. Zum einen besaßen sie laut den verwendeten Quellen keinerlei Ressourcen, die für die Zentralregierung von Bedeutung gewesen wären. Zum anderen würde die gesamte Ethnie aufgrund ihrer geringen Größe Gefahr laufen, von dem Machtapparat der KPCh „übergangen“ zu werden – etwaige Ressourcen hätte sich diese auch ohne Kompromissbereitschaft sichern können.

Eine andere Strategie hätte darin bestanden, die lokale Wirtschaftsstruktur zu informalisieren, indem die Mosuo beispielsweise einen Schwarzmarkt oder inoffiziellen Tauschhandel aufgebaut hätten. Auf diese Weise hätten sie sich über die restriktiven ökonomischen Maßnahmen der Regierung hinaus versorgen können. Für den Aufbau eines lokalen Schwarzmarktes waren allerdings die Überwachung und die Kontrollen der KPCh zu engmaschig. Man könnte jedoch sagen, dass die Widerstandsstrategie eines inoffiziellen Tauschhandels im übertragenen Sinne zur Anwendung kam: Während der *Kulturrevolution* wurde den Mosuo jeweils eine pro-Kopf-Ration an Reis zugeschrieben. Diese wurde indes für diejenigen Kinder einbehalten, für welche die Mutter offiziell keinen Vater nachweisen und eintragen lassen konnte oder wollte. In solchen Fällen kam es häufiger vor, dass sich ein eigentlich unbeteiligter Mann öffentlich als Genitor und damit als Vater erklärte – der mit dieser Eintragung verbundenen, eigentlich geforderten wirtschaftlichen Unterstützung kam er allerdings nicht nach (Hua 2001: 393, 399). Auf diese Weise halfen sich die matrilinearen Familien gegenseitig aus. Dieses wechselseitige für einander „Bürgen“ könnte man als inoffiziellen Tauschhandel bezeichnen, da es im Zusammenhang mit einem ökonomischen Gut, nämlich der pro-Kopf-Ration Reis, stattfand. Folglich wurden zur Sicherung der Nahrungsmittel sozusagen „Aussagen“ untereinander getauscht. Es lässt sich allerdings in der Literatur nicht eindeutig feststellen, ob diese „Tausch“-Handlungen erst mit den oktroyierten Reformen auftraten oder ob sie sich nur inhaltlich verschoben. Wie im Kapitel über die Sozialstruktur der Mosuo bereits beschrieben, ließ sich eine in dem Bewusstsein der Gesellschaft verankerte Reziprozität bereits in früheren Kontexten erkennen.

Ferner war den Mosuo eine Flucht, Migration oder das Begeben in eine Diaspora, und damit der räumliche und vollständige Entzug vor der Hegemonie, nicht möglich. Da sich die Grenze zu Vietnam oder Laos erst etwa 1000 km weiter südlich befand, lag Yongning in einer hierfür geographisch ungeeigneten Lage. Abgesehen davon, dass die Route dorthin zu lang wäre, um sie angesichts der weitgreifenden Machtstrukturen der KPCh unbemerkt von dieser zu bewältigen, war sie ebenso zu unwegsam, als dass sie alle der Ethnie der Mosuo Zugehörigen hätten überwinden können.

Die geographisch relativ isolierte Lage Yongnings schien hingegen dafür geeignet, dass sich die Mosuo durch diese räumliche Abgeschiedenheit von den politischen Geschehnissen separieren und sich auf diese Weise eine gewisse partielle Autonomie bewahren konnten. Anfangs schien diese Widerstandsstrategie auch zu greifen: Die Mosuo leisteten den vorgeschriebenen Reformen der KPCh schlicht keine oder nur kaum Folge. Die drei größten Maßnahmen zur Einführung der Monogamie in den Jahren 1963, 1966 und 1971 waren zwar bei Nichteinhaltung mit sich kontinuierlich steigenden Sanktionen verbunden – dies erhöhte den Erfolg ihrer Umsetzung jedoch nicht. Daraufhin schickte die zentralchinesische Regierung Gesandte in das Gebiet, welche die Situation vor Ort analysieren und berichten sollten, auf welche Weise die Abschaffung der *azhu*-Beziehung möglich wäre. Da in der Folge mehr und mehr Mitglieder der sogenannten „Arbeitsgruppen“ der Regierung bei den Mosuo installiert wurden, war diese Taktik des Ignorierens der oktroyierten Reglements schließlich immer weniger möglich. Zuletzt wurden die Mosuo beinahe ausnahmslos auf einer eins-zu-eins-Personen-Basis kontrolliert, was einen enormen psychischen Druck auf Einzelpersonen ausübte. Hinzu kamen außerdem existentielle Restriktionen, wie beispielsweise der andauernde Nahrungsmittelentzug. Aufgrund dieser Verschärfungen war es den Mosuo nicht möglich, diese Widerstandsstrategie bis zum endgültigen Ende der Hegemonie aufrechtzuerhalten – anfangs bot sie aber eine relativ effektive Schutzmaßnahme gegen die Auflagen der KPCh (Hua 2001: 386 f., 389, 391, 393; Knödel 1995: 256).

Eine ganz ähnliche Taktik ist der passive Widerstand bei welchem das aufgezwungene System ebenfalls boykottiert wird – der Unterschied zu vorheriger Taktik besteht allerdings darin, dass dieses Ignorieren der Hegemonie ohne den Vorteil einer geographisch abgeschiedenen Lage ausgeführt wird. Ein System – sei es oktroyiert oder nicht – kann ohne die Partizipation von Menschen, die dieses ausführen, praktisch nicht existieren. In diesem Fall hätte das bedeutet, dass die Mosuo nicht am politischen und wirtschaftlichen Leben teilgenommen und sich damit dem öffentlichen Leben entzogen hätten. Voraussetzung für diese Strategie wäre gewesen, dass sich die Mehrheit der Mosuo gemeinschaftlich daran beteiligte. Dieser Taktik stand jedoch die

oberste Schicht der Mosuo – also die *Sipei* mit dem *tusi* an ihrer Spitze – entgegen, die größtenteils mit der zentralchinesischen Regierung kooperierte. Wie bereits in Kapitel 5 beschrieben, war die Stratifizierung und die damit verbundene Verteilung der Macht bei den Mosuo seit jeher zweigeteilt. Außerdem gingen die Eingriffe der KPCh, wie schon im vorherigen Abschnitt ausgeführt, zu weit und betrafen vor allem gegen Ende zu existentielle Lebensbereiche, als dass die Mosuo sich diesen dauerhaft durch Boykottieren hätten entziehen können. Anhand spezifischer Vorkommnisse wird diese Taktik des Ignorierens ferner in mehreren Abschnitten des Kapitels 6.2.2. ausführlicher beschrieben.

Eine letzte Möglichkeit auf politisch-struktureller Ebene hätte in der Infiltrierung des oktroyierten Systems bestanden: Die Mosuo hätten sich zunächst in zentralchinesische Strukturen, beispielsweise in die Arbeitsgruppen, integrieren und sich somit der Assimilationspolitik der KPCh scheinbar beugen können. In einem weiteren Schritt hätten sie die Tatsache ein Teil des oktroyierten Systems zu sein nutzen können, um nach eigenem Erachten Macht auszuüben. Diese Widerstandstrategie konnte im Fall der Mosuo allerdings nicht angewendet werden, da der Großteil der Ethnie, also die *Zeke* und *E*, keinerlei Zugang zu Machtpositionen hatte. Außerdem waren die Organisationsstrukturen der KPCh sehr engmaschig und basierten auf gegenseitiger Kontrolle – die ideologische Überzeugungsarbeit hatte bei vielen Menschen gewirkt. Bei vielen anderen überwog die Angst, als Regimegegner gesehen und verfolgt zu werden. Diese Angst stand auch im Falle der Mosuo einer inoffiziellen para-politischen Organisation – die für eine lokale Unterwanderung des zentralchinesischen Regimes zumindest in kleinem Maße notwendig gewesen wäre – entgegen. Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, unterliegen diese Mechanismen der indirekten Gegenwehr zwar häufig starken inoffiziellen Normen, welche wiederum mit großem sozialem Druck gekoppelt sind. In diesem Fall wirkte der von der KPCh ausgeübte Druck letztendlich jedoch in größerem Ausmaß:

„[...] die Aussonderung einiger weniger Opfer [führte] zur Solidarisierung der großen Mehrheit gegen diese Opfer [...]. Die Angst [...] davor, selbst kritisiert zu werden, führte zu um so vehementeren Angriffen auf die ausgesonderten Personen und, da diese zu Stellvertretern für bestimmtes Fehlverhalten gemacht wurden, gleichzeitig zur [...] Denunzierung dieses Verhaltens.“ (Knödel 1995: 260)

Trotz dieser Angst und dem damit verbundenen, drohenden sozialen Ausschluss, äußerten sich einige der Mosuo negativ gegenüber den Kampagnen der KPCh:

„[...] It [the policy of these reforms] dismembered the lignée and destroyed the solidarity of its members. [...] One wife and one husband [monogamy] is a Han trait. We [...] don't live that way. [...] If we all have to practice one wife and one husband we will become Han [...].“ (Hua 2001: 395)

Es wurde jedoch von Vertretern der KPCh deutlich gemacht, dass ein jeder, der sich gegen die Ehegesetze stellte, damit auch als Feind der Volksrepublik China galt und dementsprechend hart bestraft würde (Knödel 1995: 260).

6.2.2. Strategien auf sozialer Ebene

Wie in Kapitel 3 beschrieben, gibt es neben diesen Taktiken zusätzlich Widerstandsstrategien in Form von kleineren und teilweise tagtäglich durchgeführten Handlungen, welche in sozialen Kontexten ausgeführt werden. Im Falle der Mosuo ließen sich in der Literatur allerdings keinerlei Hinweise auf ebensolche Vorgänge – beispielsweise Rufmord oder kleinere Sabotageakte, wie Diebstahldelikte und Brandstiftung – finden. Zum einen kann diese Tatsache an der teilweise lückenhaften Dokumentation der Ereignisse liegen. Zum anderen ebenfalls daran, dass diese Art des Widerstandes wie bereits angedeutet einem sehr hohen sozialen Druck unterliegt und damit in Zusammenhang mit der Solidarität steht. Diese wurde allerdings, wie im vorherigen Kapitel beschrieben, durch den extremen Druck der zentralchinesischen Regierung stark eingeschränkt. Um dennoch nachvollziehen zu können, welche Auswirkungen die oktroyierten Veränderungen hatten und inwiefern die Mosuo auf einzelne Ereignisse reagierten, werden deren Reaktionen daher im Folgenden anhand der in Kapitel 4 beschriebenen, konkreten politischen Maßnahmen der KPCh untersucht. Auf diese Weise können die Vorkommnisse – trotz der fehlenden Daten aus emischer Perspektive und der damit entstehenden Literaturlücke – anhand des gut dokumentierten historischen Verlaufs analysiert werden. Hierbei kann es teilweise zu Überschneidungen mit den Analysen aus 6.2.1. kommen. Dies liegt vor allem daran, dass mit Hilfe kategorialer Unterscheidungen in der Regel Tendenzen zusammengefasst werden; die komplexe Lebenswelt lässt sich allerdings nicht immer so trennscharf zuordnen (siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 3.3.).

Ist in den folgenden Abschnitten von „den Mosuo“ die Rede, bezieht sich dieser Term auf die *Zeke* und *E*, da die *Sipei* aufgrund ihrer relativ konstanten Kooperation mit der zentralchinesischen Regierung größtenteils aus den widerstandsstrategischen Analysen ausgenommen sind. Außerdem soll angemerkt werden, dass in den Quellen oftmals zu lesen ist, dass die Mosuo von der Regierung „gezwungen“ wurden – dieser Begriff wird allerdings oft nicht näher definiert

und so ist es nicht immer eindeutig, auf welche Weise die Mosuo konkret zu der Befolgung der jeweiligen Gesetze gebracht werden sollten.

6.2.2.1. Ideologische Propaganda und die erste direkte Reform: 1949-1957 Kurz nachdem die KPCh unter Mao Zedong am 1. Oktober 1949 offiziell die Volksrepublik China ausgerufen hatte, wurde im Jahre 1950 die sogenannte *democratic government of the multiple united ethnic groups* etabliert – allerdings bestand deren Spitze zum größten Teil aus Han-Chinesen. Diese „Arbeitsgruppe“ sollte Kontakt zu den kleineren Ethnien herstellen und zwischen diesen und der zentralchinesischen Regierung vermitteln, beziehungsweise die vorgegebenen Regelungen durchsetzen. Zusätzlich wurden Gesandte der KPCh nach Yongning geschickt, die dem lokalen Hauptverwalter seine Stellung zusichern sollten, solange er sich an gewisse „Minimalanforderungen“⁸ halten würde (Hua 2001: 385; Knödel 1995: 233).

Um die Mosuo „in Verruf“ zu bringen und sie auf diese Weise in ihrer ohnehin relativ wehrlosen Position weiter zu schwächen, begann die chinesische Regierung außerdem mit der Umsetzung systematischer Propagandakampagnen. Deren Inhalte waren vor allem Verleumdungen, die das Praktizieren der *azhu*-Beziehung abwerten sollten. So wurde unter anderem behauptet, dass aufgrund extrem promiskuitiven Verhaltens mehr als 50 % der erwachsenen Mosuo verschiedenste sexuell übertragbare Krankheiten hätten und, dass dies zu einer generell verbreiteten Deformation der Menschen führen würde. Außerdem würden die Männer der Mosuo die Frauen zur Prostitution mit durchreisenden Händlern zwingen. Die *azhu*-Beziehung wurde zudem mit einer deutlichen Senkung der Produktivität in Verbindung gebracht, da die Männer während der Arbeit nur an folgende nächtliche Besuche denken würden und daher nicht effizient arbeiten könnten. Die matrilinear geregelte soziale Ordnung der Mosuo und insbesondere die *azhu*-Beziehung wurden auf diese Weise rasch als „unmoralisch“ und „unsozialistisch“ etikettiert – womit die Mosuo offiziell als „konterrevolutionär“ galten. Infolgedessen postulierte die zentralchinesische Regierung mit ihrer evolutionistischen Weltanschauung, dass das „rückständige mütterliche System fortschrittlich reformiert werden muss, damit die Mosuo mit Hilfe eines strikten Planes zur Monogamie weiterentwickelt werden könnten“ (Höllmann 2001: 31 f.; Hua 2001: 385 f., 388; Knödel 1995: 254 f., 259). So übte die KPCh gezielt moralischen Druck aus, da die Diffamierungen auf Thematiken abzielten, die in der chinesischen Bevölkerung besonders sensibel gehandhabt wurden. So sollten die Mosuo in ihrem – ohnehin niedrigen – gesellschaftlichen Ansehen und in ihrer (Macht-)Position zusätzlich degradiert werden. In der

⁸ Der Term „Minimalanforderungen“ wird in den Quellen nicht näher definiert. In Anlehnung an die Praktiken des *tusi*-Systems kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei wahrscheinlich um Abgaben in Form von Naturalien, sowie um die Einhaltung bestimmter politischer Richtlinien handelte.

Literatur lassen sich jedoch keine Hinweise finden, ob und falls ja, inwiefern die Mosuo in diesem Zusammenhang reagierten. Da sie aufgrund ihrer geographisch relativ isolierten Lage kaum Kontakt zu anderen Ethnien hatten, scheint es wahrscheinlich, dass sie diese negative Propaganda dank fehlender Konfrontationen ignorieren konnten. Außerdem übten, wie in Kapitel 4.1. erläutert, bereits vorherige Regierungen in Bezug auf Minderheiten eine Politik der Unterdrückung aus, sodass diese Diffamierungen nicht zwangsläufig eine neue Situation darstellten (vgl. Höllmann 2001: 8-14).

Im Verlauf dieser Propagandakampagnen wurden bereits Schritte geplant, die eine einschneidende soziale und politische Umgestaltung in Yongning durchsetzen sollten. Demgemäß wurde im Jahre 1956 die erste Maßnahme initiiert, um die Monogamie bei den Mosuo einzuführen: die *agrarian reform*. Unter der Bedingung, sie würden ihre matrilinearen Familien verlassen und mit einer neuen Kernfamilie eine neolokale Residenz gründen, wurden den Männern der Mosuo alleinige Landrechte versprochen. Mit Hilfe dieses Anreizes sollte die Sozialstruktur der Mosuo nach den Vorstellungen der KPCh reformiert werden. Kaum ein Mann folgte diesem Aufruf, was auf Seiten der zentralchinesischen Regierung zu großem Unverständnis führte. Auch in diesem Zusammenhang lässt sich also die Widerstandsstrategie des unmittelbaren Ignorierens der han-chinesischen Hegemonie erkennen (Hua 2001: 386; Knödel 1995: 256).

6.2.2.2. Der Große Sprung nach vorn und „Klassenkampf“: 1958-1965

Von der katastrophalen Hungersnot während des *Großen Sprungs nach vorn* blieben die Mosuo weitestgehend verschont, im Zuge dieser Reform wurde jedoch das erste offizielle und damit rechtlich bindende Ehegesetz von der zentralchinesischen Regierung eingeführt. Dieses sollte die „superiority and posteriority of socialist monogamy“ auch in dem Sozialsystem der Mosuo durchsetzen (Hua 2001: 386).

Hierfür wurde eine Strategie der moralischen Überzeugungsarbeit verfolgt, indem öffentliche Diskussionen geführt wurden: Gesandte der chinesischen Regierung versuchten diejenigen unter den Mosuo, die eine längerfristige *azhu*-Beziehung hatten, dazu zu überreden, ihre Beziehung zu „stabilisieren“. Es wurde gehofft, dass jene Beziehungen so zu einer monogamen Eheschließung führen würden. Gleichzeitig wurde vor allem von den jüngeren Mosuo direkt verlangt, dass sie heirateten und eine monogame Ehe eingingen. Zu diesem Zweck veranstaltete die lokale Regierung große Hochzeitsfeste, welche beeindrucken und zur Nachahmung anregen sollten. Nur sieben Paare folgten diesem Aufruf – wobei vier dieser Frauen kurz nach der Hochzeit in ihren eigenen matrilinearen Haushalt zurückkehrten und die vorher zelebrierte Eheschließung schlichtweg als beendet betrachteten (Hua 2001: 387 f.). Die Konstituierung der

evolutionistischen Ideologie der KPCh in einem ersten offiziellen Ehegesetz änderte die Strategie des Ignorierens und des Boykotts also in keinem oder nur geringfügigem Ausmaß. Die Reform wurde als gescheitert angesehen und folglich Gesandte nach Yongning geschickt, welche den Auftrag hatten, die „Vorgänge“ zu untersuchen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Deren einstimmiges Ergebnis lautete, dass die aus ihrer Sicht erstrebenswertere, hierarchisch höhere gesellschaftliche Stufe der Monogamie nur erreicht würde, wenn „[...] the Naxi⁹ men and women [are lead] to set up nuclear families, to constitute economic units, and raise their children together.“ (Hua 2001: 388). Nach dieser Empfehlung wurden in den folgenden Jahren weitere Reformen durchgeführt.

6.2.2.3. Die *Kulturrevolution*: 1966-1976

Die zweite größere Reform fand im Jahre 1966 statt und bildete somit den Beginn der *Kulturrevolution*. Eine dritte größere folgte im Jahre 1971. Schon während der ersten Ehegesetzreform war von der Distriktregierung eine „Arbeitsgruppe“ nach Yongning geschickt worden, welche damit beauftragt war, die korrekte Umsetzung zu überwachen und, wenn nötig, weitere „Überzeugungsarbeit“ zu leisten. Im Zuge der zweiten größeren Reform wurden so erneut einige Paare zu einer Heirat gedrängt. Doch auch wie zuvor, trennten sich mehr als die Hälfte kurz nach Abreise der Gruppe wieder. Auch die restlichen Ehen hielten nicht viel länger – ausgenommen nur die Verbindungen, in denen selbst ein Kadermitglied war (Hua 2001: 389). Abgesehen von einer temporären, strategischen Befolgung der oktroyierten Gesetze blieb die Reaktion und damit die Widerstandsstrategie des Ignorierens der Mosuo weitestgehend unverändert. Fünf Jahre später wurde daraufhin eine dritte größere Aktion initiiert, mit welcher zahlreiche Paare zu einer Koresidenz gezwungen werden sollten. Dieses Mal agierte die „Arbeitsgruppe“ jedoch weitaus strikter, weswegen sich weniger Paare wieder trennen konnten. Hieraus ergaben sich einige Probleme: War die postnuptiale Residenz virilokal, entstanden in der Regel Konflikte zwischen der neuen Frau und der Mutter beziehungsweise den Schwestern des Mannes. Bei uxorilokaler Residenz entstanden häufig Konflikte zwischen dem neuen Mann einerseits und der Mutter und den Geschwistern der Frau andererseits. Diese Konflikte entstanden zumeist aus Fragen des Status des neuen Partners in der matrilinearen Familie (Hua 2001: 387, 395 f.). Die erzwungenen gemeinsamen Residenz im Haushalt eines der Partner und somit das Hinzu kommen von „Außenstehenden“ in die Strukturen eines solidarisch verbündeten, matrilinearen Haushalts, zog demnach zumeist Auseinandersetzungen unter den Haushaltsmitgliedern nach

⁹ Wie bereits in Kapitel 5.1. erläutert, benennt Cai Hua die *Mosuo* als *Naxi*. Aufgrund einer unverfälschten Wiedergabe des Originalzitates wird jene Benennung daher an dieser Stelle und auch bei den folgenden direkten Zitaten übernommen.

sich. Bei neolokaler Residenz entstanden zunächst weniger direkte Konflikte, es folgten allerdings rasch wirtschaftliche Schwierigkeiten, da die neue Kernfamilie in keine *Yidi* integriert war. Die meisten arrangierten Ehen waren daher, trotz der verschärften Maßnahmen, nicht von Dauer (Knödel 1995: 257 f.). Im Vergleich zu den vorherigen Reaktionen, wandelte sich die Widerstandsstrategie der Mosuo im Zuge der dritten größeren Reform marginal: Zunächst wurde den strengeren Reglements in größerem Umfang Folge geleistet – sobald sich der Überwachungsapparat allerdings lockerte, wurden die oktroyierten Vorschriften, wie bereits bei den vorangegangenen Reformen, größtenteils wieder rückgängig gemacht und zukünftig ignoriert. Die aufgezwungenen Anordnungen wurden also oberflächlich auf pragmatischer Ebene umgesetzt, gleichzeitig aber auf normativer Ebene boykottiert. So wurde häufig nur so getan, als ob das Paar einer Heirat zustimmte – sobald wie möglich ging jeder zurück in den eigenen Haushalt und die Eheschließung wurde schlichtweg als nichtig angesehen (vgl. Hua 2001: 387 f.). Teilweise übte die Regierung jedoch so viel Druck aus, dass diese Strategie der nur scheinbaren Umsetzung der oktroyierten Auflagen nicht möglich war. In diesen Fällen wurde das Zusammenleben des zwangsverehelichten Paares als reine Befolgung der Gesetzmäßigkeiten angesehen, während darauf gehofft wurde, dass sich die amtierende Regierung und damit auch die Politik bald ändern und ihnen erlauben würde, wieder in ihre matrilinearen Familien zurückzukehren (Hua 2001: 396). Daneben gab es außerdem einige wenige Paare, die mit einem neuen Partner von ihren matrilinearen Familien nicht mehr akzeptiert wurden. Da diese Paare zumeist keine Mittel zur Verfügung hatten, um ein neues Haus zu bauen, lebten sie „like vagabonds, they moved from place to place [...] or staying with a neighbor“ (Hua 2001: 395). Hinter diesem Verhalten der Gesellschaft ließe sich eventuell eine Strategie zur Stärkung der allgemeinen Solidarität vermuten: Diejenigen, die sich den Auflagen der KPCh beugten, wurden von der eigenen Gruppe als eine Form der inoffiziellen, sozialen Sanktionierung ausgeschlossen. Obwohl auf diese Weise weitaus mehr Zwangsehen geschlossen wurden als zuvor, sah die zentralchinesische Regierung auch die zweite und dritte Ehegesetzreform als gescheitert an (Hua 2001: 389). Nachdem also die ersten Reformen aus Sicht der KPCh erfolglos blieben, wurden für die vierte größere Reform im Jahre 1974 deutlich härtere Maßnahmen geplant, um die Existenz der *azhu*-Beziehung unwiderruflich zu eliminieren. Wie folgende Aussage deutlich macht, sollte die Monogamie dieses Mal durch tiefgreifende Einschränkungen endgültig erzwungen werden: „Education and persuasion alone are not enough to maintain couples; they must be backed up by administrative constraints“ (Hua 2001: 391). So wurde die vierte Reform direkt unter der Leitung des Verwaltungsoberhauptes der Provinz ausgeführt und unterlag somit, auf-

grund der geringeren räumlichen Distanz zu der verantwortlichen Exekutivkraft, strengeren Regeln und Überprüfungsmechanismen als die vorherigen. Der Stellvertreter der chinesischen Regierung in der Provinz bewertete die Situation bei den Mosuo folgendermaßen:

„We must resolutely reform the backward matrimonial system of the Naxi in Yongning. The reformation of this ancient matrimonial system comes under the framework of the class struggle in the ideological domain and therefore constitutes a revolution in the domain of the superstructure.“ (Hua 2001: 389 f.)

Um eine endgültige Beseitigung des matrilinearen Sozialsystems der Mosuo zu erreichen, wurde unter Aufsicht aller lokaler und regionaler Machthaber ein detaillierter Bericht angefertigt, in welchem die „sieben schweren Verbrechen der *azhu*-Beziehung“ beschrieben und mannigfache Gründe aufgezählt wurden, warum diese konterrevolutionär und verwerflich sei (Hua 2001: 390 f.). Hiernach wurden die bisher strengsten Gesetze eingeführt: Jedes Paar, das eine länger anhaltende Beziehung führte, musste sich registrieren lassen, um schnellstmöglich verheiratet zu werden. Sexuelle Aktivitäten waren ausschließlich zwischen Ehepartnern erlaubt – die *azhu*-Beziehung war damit offiziell als illegal eingestuft (Hua 2001: 393). So fanden in kurzer Zeit viele Masseneremonien statt, die von der chinesischen Regierung als „der neue [der ‚moderne‘] Weg zu heiraten“ propagiert wurden (Hua 2001: 394). Dem Missachten der aufgestellten Reglements sollte außerdem mit dem Verhängen strengerer Sanktionen entgegengewirkt werden. Daher wurde den Ehepaaren erst nach der offiziellen Hochzeit die ihnen zustehende Ration an Korn ausgeteilt. Verließ ein Ehepartner das gemeinsame Haus ohne einen anerkannten Scheidungsprozess durchlaufen zu haben, wurde diese Ration wieder eingezogen. Auch unehelich geborene Kinder bekamen keine Kornration, bis die Mutter den Genitor angab – so wurde zusätzlicher Druck auf die Familien ausgeübt, die das Überleben ihrer Kinder nicht mehr sichern konnten. Gab die Mutter den Genitor an, sollte wiederum die Regel greifen, dass sie diesen ehelichen und mit ihm eine neue Kernfamilie gründen musste¹⁰ (Hua 2001: 391 f.). Beinahe täglich sollten die Mosuo zusätzlich von Mitgliedern des chinesischen Kaders von „der Überlegenheit der sozialistischen Monogamie“ und dem „Schaden der Besuchsbeziehungen“ überzeugt werden (Hua 2001: 392). Hierfür führte die Regierung die einzelnen Dorfmitglieder namentlich in Listen auf. Da sich vor allem ältere Mosuo-Frauen gegen die neuen Reformen

¹⁰ Vor allem der letzte Abschnitt macht deutlich, dass sich die aufgezwungenen Reglements teilweise widersprachen. Eine Frau sollte ihren *azhu* und den Genitor ihrer Kinder registrieren lassen und diesen heiraten – was war jedoch, wenn es jeweils verschiedene gab? Und was sollte getan werden, wenn die Genitoren nicht mit der längerfristigen *azhu*-Beziehung übereinstimmten? Auf diese Widersprüche wird in keiner der Quelle näher eingegangen, es wird daher auch nicht deutlich, ob sich die zentralchinesische Hegemonie dieser bewusst war.

wehrten, indem sie beispielsweise den Auszug ihrer weiblichen Nachkommen aus dem eigenen matrilinearen Haushalt blockierten, wurden diese persönlich aufgesucht und mit Hilfe von Einschüchterungstaktiken gezielt Druck ausgesetzt (Hua 2001: 393).

Während der *Kulturrevolution* wurden die meisten Erwachsenen zur Ehe gezwungen und denjenigen, die sich weigerten, wurde ihre Getreideration entzogen. Aufgrund vorheriger Landenteignungen wurde den Familien so ihre Existenzgrundlage genommen. Viele sagten dennoch, „sie hätten nur geheiratet, weil die Politik es so verlange, und würden sich sofort wieder trennen, wenn eine Lockerung eingetreten sei.“ (Knödel 1995: 261 f.). Die chinesische Zentralregierung gab im Laufe der *Kulturrevolution* immer wieder Erhebungen in Auftrag, welche den reformatorischen „Fortschritt“ bei den Mosuo festhalten sollten. Die Ergebnisse dieser Erhebungen besagten in der Regel stets, dass die Propaganda und die direkte „Überzeugungsarbeit“ verschärft werden müsse. Ein Hauptpunkt der aus Sicht der KPCh problematischen Implementierung ihrer Reformen wurde unter anderem in den Schwierigkeiten der Residenzwahl gesehen. Um zu verhindern, dass die neu eingezogenen Ehepartner aus den matrilinearen Haushalten ausgeschlossen wurden, beziehungsweise um eine neolokale Residenz populärer zu machen, sollten die Mosuo daher insbesondere davon „überzeugt“ werden, dass nicht nur die eigene matrilineare Familie vertrauter Bezugspunkt und emotionaler Rückhalt sein könnte. Ein anderer Hauptpunkt wurde außerdem der Sozialisation der Jugendlichen zugeordnet. Diese wüssten nicht, wie eine „normale Beziehung funktioniere“ und anstatt „Schritt für Schritt“ der korrekten Reihenfolge von „Interesse, Liebe, Heirat“ zu folgen, würden diese sofort sexuelle Verbindungen miteinander eingehen. Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, dass „the local government teach the young people the correct procedure for love“ (Hua 2001: 397). Mit diesem Gedankengut versuchte die KPCh mittels moralischer Überzeugungsarbeit, die junge Bevölkerung der Mosuo anzutreiben „die alten Gewohnheiten auszulöschen“ (Hua 2001: 388). So sollte erreicht werden, dass sich die Jüngeren von selbst der zentralchinesischen Regierung anschließen. Durch die ständige Präsenz der Regierung in Yongning, die engmaschige Bewachung mit gezielten Einschüchterungstaktiken und den existenzbedrohenden Nahrungsmittelentzug, war es den Mosuo auf diese Weise nach und nach immer weniger möglich, ihren Widerstandsstrategien nachzugehen:

„Der Druck, unter den die Mosuo gerieten, muß beträchtlich gewesen sein, denn die Autoren berichten wiederholt, daß ihre Informanten vor Aufregung und Sorge weder essen noch schlafen konnten und aussagten, dies sei die schlimmste Kampagne, die sie je erlebt hätten.“ (Knödel 1995: 261)

Diese strikten Reglements der zentralchinesischen Hegemonie und die nicht lockerlassende eins-zu-eins-Personen-Überwachung führte die KPCh unentwegt fort – bis Mao Zedong im September des Jahres 1976 verstarb, woraufhin die führenden Kräfte der KPCh im Zuge eines Militärputsches verhaftet wurden und auf diese Weise das Ende der *Kulturrevolution* eintrat.

7. Fazit und Ausblick

Nach diesen Ausführungen kann die eingangs formulierte Frage, ob sich die Mosuo überhaupt gegen die zentralchinesische Hegemonialmacht wehrten, eindeutig positiv beantwortet werden – in den Analysen dieser Arbeit wurde auf jeden Fall deutlich, dass die oktroyierten Maßnahmen und Reglements nicht ohne Weiteres angenommen und umgesetzt wurden. Widerstandsstrategien im politischen und ökonomischen Bereich waren den Mosuo zwar kaum möglich, da sie hierfür weder genügend Ressourcen besaßen, noch eine strategisch günstige geographische Lage, um beispielsweise zu fliehen. Eine Infiltrierung der lokalpolitischen Strukturen war ebenfalls nicht möglich, da der Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zu Machtpositionen hatte und gleichzeitig die Angst vor der Reichweite des zentralchinesischen Machapparates zu groß war. Im übertragenen Sinne ließ sich zwar ein inoffizieller Tauschhandel vorfinden, es lässt sich allerdings nicht eindeutig feststellen, ob dieser tatsächlich eine Widerstandsstrategie darstellte oder bereits zuvor in Form einer generalisierten beziehungsweise ausgeglichenen Reziprozität vorhanden war. Strategien auf sozialer Ebene könnten unter anderem in strukturierter Rufschädigung bestehen. Allerdings äußerten sich die Mosuo in der Öffentlichkeit in so geringem Ausmaß negativ über die KPCh, dass dies nur als marginale Reaktion auf das oktroyierte System verstanden werden kann. Die Strategie eines direkten Boykotts, beispielsweise in Bezug auf die oktroyierten Hochzeiten, fand hingegen statt. Und auch geschlossene Zwangsehen wurden nach Abzug der zuständigen Autoritäten wieder als nichtig erklärt und die damit verbundenen Auflagen zukünftig ignoriert. Die aufgezwungenen Gesetze wurden also zunächst – höchstwahrscheinlich aufgrund des enormen Druckes durch die Hegemonialmacht – umgesetzt, nach Lockerung der Kontrollen allerdings ohne offizielle Zustimmung wieder aufgehoben. Diese Taktik des Ignorieren lässt sich auch im Zusammenhang mit den Propagandakampagnen finden: Die Mosuo gaben dem moralischen Druck nicht nach und ignorierten die verbreiteten Diffamierungen. Auch während der später eingeführten „Überzeugungsarbeit“ auf einer eins-zu-eins-Personen-Basis wichen die Mosuo – so lange es im Kontext der administrativen Sanktionen der KPCh möglich war – nicht von dieser Taktik ab und änderten ihre Ansichten nicht. Die Ehe und eine Koresidenz der Partner waren nach wie vor unpopulär und zogen, wenn aufgezwungen, innerhäusliche Konflikte nach sich. Dieses unveränderliche Festhalten an den

normativen Strukturen des eigenen Sozialsystems könnte man daher als passiven Widerstand durch indirekten Boykott bezeichnen.

Zusammenfassen lassen sich die hauptsächlich angewendete Strategien daher mit dem anfänglichen Boykottieren und einem kontinuierlichen Ignorieren der Hegemonialmacht: Die oktroyierten Reglements wurden zwar temporär auf pragmatischer Ebene umgesetzt, setzten sich allerdings nicht auf normativer Ebene durch. Dass die aufgezwungenen Maßnahmen von den damals direkt betroffenen Menschen nicht dauerhaft übernommen wurden, zeigte auch ein Vergleich, welcher 1963 und 1989 exemplarisch in fünf Dörfern durchgeführt wurde: In Bezug auf das Vorkommen von Ehen und *azhu*-Beziehungen hatte sich kaum etwas verändert (vgl. Hua 2001: 407 f.). Schlussbetrachtend lässt sich demnach festhalten, dass es den Mosuo unter den strikten Maßnahmen und dem engmaschigen Kontrollapparat der KPCh nur in sehr geringem Ausmaß möglich war, Widerstandsstrategien zu verfolgen. Dennoch schaffte es diese zahlen- und machtpolitisch so stark unterlegene Minorität sich mit Hilfe strategischen Ignorierens bestimmte normative Strukturen und damit eine partielle Autonomie zu erhalten.

Lassen sich die anfangs gestellten Fragen auf diese Weise beantworten, konnte auf die Rolle der gemeinsamen Identität und des Zusammengehörigkeitsgefühls – welches relativ stark zu sein scheint, da sich die Ethnie ganz bewusst als *Mosuo* von anderen abgrenzte – nicht tiefergehend eingegangen werden. Aufgrund fehlender Dokumentation aus emischer Perspektive wäre es zu spekulativ gewesen, dieser Thematik auf den Grund zu gehen. So ergeben sich aus den Analysen dieser Arbeit neue Fragestellungen und damit ein Ausblick auf mögliche Folgeuntersuchungen. Wie bereits gegen Ende des letzten Kapitels angedeutet, fokussierten sich die politischen Zwangsmaßnahmen zuletzt immer mehr auf die Jugendlichen. So wurden auch durch die neue Regierung seit 1981 viele Schulen eingerichtet, in denen Vorstellungen der chinesischen Kultur vermittelt werden, beispielweise das Ideal von monogamen Eheschließungen und Kernfamilien. Vor allem die älteren Mosuo beklagen diese Einflussnahme und eine Entfremdung der jüngeren Generation. Wird es also bei einem temporären Wandel der pragmatischen Strukturen bleiben oder haben sich durch die von 1949 bis 1976 durchgeführten Maßnahmen der KPCh eventuell unterschwellig bestimmte Normen geändert? Diese Veränderungen können im Zuge der voranschreitenden Globalisierung und der Tatsache, dass Kulturen keine statischen Konstrukte sind, sondern beeinflusst durch mannigfaltige Umstände stets im Wandel begriffen sind, allerdings auch als kontextunabhängige Entwicklung gesehen werden. Diese Ansätze beschreiben indes einen gänzlich anderen Themenbereich, der ein interessantes Vorhaben für zukünftige Arbeiten wäre.

Sicher ist, dass die Widerstandshandlungen nicht als Abwarten oder passives Hinnehmen fehlgedeutet werden sollten – was, wie bereits in dem eingangs aufgeführten Zitat James Scotts deutlich wird, lange Zeit gemacht wurde. Schließlich schafften es die Mosuo, obgleich ihrer Eingebundenheit in das han-chinesische Verwaltungssystem seit Ende des 14. Jahrhunderts, welches mal mehr mal weniger apodiktisch eine andere Sozialordnung anstrebte, ihr matrilineares Sozialsystem zu erhalten. So sollte man sich stets bewusst darüber sein, wie bemerkenswert es ist, aus der Position einer Minorität im Angesicht einer Übermacht nicht systemkonform zu handeln. Und „to respect, if not celebrate, the weapons of the weak [...] [and] to see in the tenacity of self-preservation – in ridicule, in truculence, in irony, in petty acts of noncompliance, in [...] efforts to hold one’s own against overwhelming odds – a spirit and practice that prevents the worst and promises something better” (Scott 1985: 350).

Quellenverzeichnis

DREYER, June Teufel: *China's Forty Millions. Minority Nationalities and National Integration in the People's Republic of China.* Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts and London, England, 1976.

GLEDHILL, John: *Power and its Disguises. Anthropological Perspectives on Politics.* Second Edition. Pluto Press, London and Sterling, USA, 2000.

HARDENBERG, Roland J.: *Die Moso (China) im interkulturellen Vergleich: Möglichkeiten und Grenzen des komparativen Ansatzes in der Ethnologie.* In: Paideuma 54, Frobenius Institut, Johann Wolfgang Goethe – Universität, Frankfurt am Main, 2008: 109-128.

HEBERER, Thomas: *Nationalitätenpolitik der KP China.* Sendler Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1982.

HEBERER, Thomas: *Nationalitätenpolitik und Entwicklungspolitik in den Gebieten nationaler Minderheiten in China.* In: Bahrenberg, Gerhard und Wolfgang Taubmann (Hg.): Bremer Beiträge zur Geographie und Raumplanung, Heft 9, Arbeiten zur Chinaforschung, Zentraldruckerei der Universität Bremen, 1984.

HEBERER, Thomas: *Droht dem chinesischen Reich der Zerfall? Bedrohung durch wachsende Nationalitätenunruhen.* In: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 46-1991, Köln, 1991.

HÖLLMANN, Thomas O.: *Unter dem Diktat des Vorurteils. China und seine ethnischen Minderheiten.* In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Sitzungsberichte, Jahrgang 2001, Heft 3, C. H. Beck, München, 2001.

HÖLLMANN, Thomas O.: *Selbst- und Fremdwahrnehmung bei den ethnischen Minderheiten Chinas.* In: Paideuma 53, Frobenius Institut, Johann Wolfgang Goethe – Universität, Frankfurt am Main, 2007: 27-51.

HUA, Cai: *A Society Without Fathers or Husbands: The Na of China*. Zone Books, New York, 2001.

KNÖDEL, Susanne: *Die matrilinearen Mosuo von Yongning: Eine quellenkritische Auswertung moderner chinesischer Ethnographien*. Lit Verlag, Münster, 1995.

LEWELLEN, Ted C.: *Political Anthropology. An Introduction*. Third Edition. Praeger, Westport (Connecticut), 2003.

NOHLEN, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. Bd. 1: A-M: Theorien, Methoden, Begriffe. 4. Auflage. 2010.

OLSON James S.: *An Ethnohistorical Dictionary of China*. Aldwych Press Limited, London and Greenwood Press, Westport (Connecticut), 1998.

SCOTT, James: *Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance*. Yale University Press, New Haven and London, 1985.

SKALNÍK, Peter: *Outwitting the State*. Political Anthropology, Volume 7. Transaction Publishers, New Brunswick, USA and London, UK, 1989.

WIENS, Herold J.: *China's March toward the Tropics*. Yale University. The Shoe String Press, Connecticut, 1954.